

UNABHÄNGIGE Bauernstimme

September 2002 Nummer 248
K 12858 / 3,00 €

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern



Bewegung

Zukunft für Bäuerlichkeit

Großer Andrang auf dem AbL-Bauerntag im bayerischen Wagingen. Deftig und doch konstruktiv wurde das Zukunftsmodell bäuerliche Landwirtschaft mit der Bundesministerin diskutiert und die Waginger Erläuterung verabschiedet. **Seite 17**

Klagen gegen Gentechnik

Wegen Einkreuzung können kanadische Bio-Bauern ihren Raps nicht mehr vermarkten. Jetzt klagen sie gegen die Gentechfirmen und warnen ihre europäischen Kollegen: Lasst es gar nicht erst so weit kommen! **Seite 3**

Markt

Nichts stimmt bei Getreidepreisen

Trotz schlechter Getreideernten in vielen Ecken der Welt bleiben die Preise in der EU auf niedrigem Niveau. Einleuchtende Erklärung fehlt! **Seite 2**

+ + **Fluthilfe** + + + + + + + + + + + +
+ + + + + **Spendenaufufe** + + + + + + +
+ + + + + + + + + + + + + + + + **Seite 4**

Milchabsatz steht vor Herausforderung

Süddeutsche Bio-Bauern stehen wieder ohne Molkerei da. Ihre Nachbarn akzeptieren zähneknirschend schlechte Auszahlungspreise. **Seite 8**

Schwerpunkt

Rückblick

Nach vier Jahren rot-grüner Regierungszeit ist die Agrarpolitik in der Gesellschaft angekommen. Die Skandale haben gezeigt, dass Verbraucher- und Agrarpolitik nicht mehr zu trennen sind. **Seite 2 und 12**

Ausblick

Viel gelobt und doch nicht ohne Schwächen: Agenda-Halbzeitbewertung und dazu konstruktive Vorschläge der AbL auf den **Seiten 13 bis 15**.

Weitere Themen:

Nachbau **Seite 5**, Ostdeutschland **Seite 7**, Regionen aktiv **Seite 11**, Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft **Seite 16**, Kultur **Seite 20** und vieles mehr

Die deutsche Demokratiegeschichte ist auch geprägt von Eigennutz, Borniertheit und dümmlicher Arroganz. Bei Herausbildung des Wahlrechts ist der Ausspruch eines Landwirts überliefert, des Rittergutsbesitzers von Oldenburg-Januschau: „Die Stimme des Volkes ist die Stimme des Rindviehs.“ Die Zeiten, in denen man gewählte Abgeordnete gegebenenfalls durch einen Leutnant und zehn Mann nach Hause schicken wollte, sind längst Vergangenheit, die Meinung des reaktionären preußischen Landjunkers zu Wahlen hat möglicherweise eine neue Bedeutung bekommen.

Mit der Neuorientierung der Agrarpolitik, mit dem Bemühen um eine artgerechtere Tierhaltung hat Landwirtschafts- und Verbraucherschutzministerin Künast dem Rindvieh eine Stimme gegeben. Dass das dem Volkswillen entspricht, zeigt die Akzeptanz ihrer Politik in der Bevölkerung. Die Stimme der Kreatur findet Eingang in den politischen Willensbildungsprozess. Einer Kultur- nation würdig, wenn wir denn eine sein wollen.

Der Beliebtheitsgrad der Verbraucherschutzministerin bei Verbrauchern steht jedoch im umgekehrten Verhältnis zu dem der Landwirtschaftsministerin bei Bäuerinnen und Bauern. Als vor einem Jahr eine landwirtschaftliche Fachzeitung ihre Leser befragte, wurde Künasts politische Arbeit von Dreiviertel der Befragten negativ bewertet. Dabei hält die Hälfte ihre agrarpolitischen Zielsetzungen für richtig und findet dafür noch größere Zustimmung, falls sie EU-weit umgesetzt würden. Über die Hälfte bezweifelte, dass ein Regierungswechsel für sie Vorteile bringen wird. „Das gilt vornehmlich für die kleineren Betriebe“ wurde analysiert.

Diese Momentaufnahme gibt eine weitverbreitete Stimmung in der Landwirtschaft wieder. Viele Bäuerinnen und Bauern sind bereit, sich mit einer Neuorientierung der Agrarpolitik auseinanderzusetzen, eingefahrene Spuren zu verlassen und neue Wege zu gehen. Nur wollen sie sie nicht mit Künast gehen, und es sieht so aus, dass sich keine Seite Mühe gibt, sich gemeinsam auf den Weg zu machen.

Aus Verbraucherschutz ergibt sich nicht automatisch eine bessere Agrarpolitik, die den

KOMMENTAR

Vox populi – vox Rindvieh

Zwang zum Wachsen oder Weichen aufhebt. Eher führt eine an Bäuerlichkeit orientierte Agrarpolitik zu einem besseren Verbraucherschutz. Der Nitrofenskanal war ein Hinweis. Natürlich waren hier alte Seilschaften am Werk. Man hat sich leichtfertig eines Systems bedient, das bereits konventionelle Betriebe ruinierte. „Öko gut – alles gut“ ist allein kein tragfähiges Konzept. Ein durch Ökologie kaschierter Neoliberalismus – verbunden mit einer Auflagen- und Paragraphenwirtschaft – stößt auf das Misstrauen der Bauern. Landwirtschaft ist nicht nur Agrarindustrie. Es gibt sie noch, die klein- und mittelbäuerlichen Höfe, weil die Menschen nicht jedem Polit- und Ökonomiepropheten nachgelaufen sind. In ihrer sozialen und ökonomischen Wirklichkeit sind sie abzuholen. Verbraucherpolitik und Agrarpolitik sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Derzeit ist eher die Verbraucherpolitik erkennbar. Der mögliche neue Agrarminister der CDU/CSU will erklärtermaßen wieder die Seite der Agrarpolitik hervorheben. Eine auch für die meisten Bauern unheilvolle Rolle rückwärts. Wenn beide Seiten der Medaille erkennbar sein sollen, muss sie aufrecht stehen. Eine labile Stellung. Politik ist jedoch die Kunst des Möglichen und lässt sich von Regierungen, bestimmt aber auch vom Bauernverband, am besten umsetzen, wenn weniger Wind gemacht wird. Agrarpolitik ist in der Demokratie angekommen. Entscheidungen werden nicht mehr nur von wenigen Eingeweihten organisiert. Landwirtschaft ist zur res publica, zur öffentlichen Angelegenheit geworden. Es werden nicht weniger, sondern mehr Interessen eingebracht: von Verbrauchern, von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, von berufsständischen Organisationen. Wenn sich die Quersumme dieser Interessen nicht auf billige Lebensmittel reduziert, ist es eine Chance für Bäuerinnen und Bauern.

Günther Völker, Bauer aus Westfalen

Ernte: Wenig in schlechter Qualität

Warum die Getreidepreise nach dieser Ernte so schlecht sind, kann mit Angebots- und Nachfragelogik gerade nicht mehr erklärt werden. Niedrige Preise mit unerwartet geringer Ernte bei teils miserablen Qualitäten – schlechte Stimmung bei den Ackerbauern. Festgefahrene Mähdröschler, Feuchtigkeiten über 25 % mit immensen Trocknungskosten und Fallzahlen, die kaum auszusprechen sind. Auch manch ein Grünland-Bauer machte den



Äcker waren im August teils kaum noch zu erkennen.
Foto: Schimpf

zweite Schnitt erst Ende August, die Klagen verstummten dann angesichts des Hochwassers in Ostdeutschland und Bayern.

In Deutschland ist die Ernte in einzelnen Regionen ersoffen, im Osten unter teils meterhohem Hochwasser, in Schleswig-Holstein und Niedersachsen „nur“ im Regen, der beim Dreschen der Wintergerste begann und sich weit in den August hinzog. In einzelnen Gegenden in Niedersachsen sahen Getreideäcker Ende August wie schlechte Brachen aus, so hoch wuchs das Unkraut durch das plattliegen-

de Getreide. „Es sah eigentlich ganz gut aus“ erzählen erfahrene Ackerbauern, um dann überrascht bis zu 30 % weniger zu ernten als erwartet.

Gut war die Ernte in Frankreich. Aber beim Blick über den Ozean, ob nach Westen oder Osten haben die großen Getreideländer dann häufig unter extremer Trockenheit zu leiden. In Kanada verkümmerte das Korn wegen großer Trockenheit auf den Halmen. Die chinesische und argentinische Ernte fällt wegen schwieriger Witterung geringer aus als angenommen. Die Australier fragten sich, ob ihre Saat bei ausbleibendem Regen überhaupt zum Wachsen kommt. Gerechnet wird bei Weizen nur noch mit einer Ernte von 17,1 Mio. t, kaum mehr als letztes Jahr alleine exportiert wurde. Schon Anfang August korrigierte der internationale Getreiderat seine Prognose nach unten, die Endbestände bei Weizen liegen danach um 12 % unter denen des Vorjahres und sogar 17 % niedriger als vor drei Jahren. Selbst die im Frühsommer als Schuldige für die schlechte Exportlage von EU-Getreide für verantwortlich erklärte Schwarzmeerregion kämpft mit der Witterung. Vermutlich werde ein Drittel gar nicht geerntet werden können. Schon der Blick auf die tatsächlichen Importe in die EU belehrt, dass z.B. die Ukraine zwar einiges hätten einführen dürfen, es aber kaum getan hat. Da schmilzt mal wieder ein Feindbild dahin. All das müsste eigentlich die Getreidepreise in die Höhe schnellen lassen, wenigstens etwas Geld für die von Regen oder Dürre geplagten Bauern bringen. Auch der Bio-Getreidemarkt macht den Bauern nur begrenzt Freude, wird doch vor allem in Norddeutschland von manchem Verarbeiter gerne auf Importe zurückgegriffen. Argentinischer Bio-Weizen mit EG-Bio-Zertifizierung frei ab Hamburger Hafen für unter 28,- ; je dt in erstklassiger Qualität, da kann kein regional erzeugter mithalten. ms



Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft lädt ein:

Agrartagung und Bundesmitgliederversammlung

vom 22. bis 24. November 2002 in Altenkirchen/Westerwald

Als Gast begrüßt werden kann dieses Jahr EU-Kommissar Fischler.

Vorläufiges Programm:

| | |
|-----------------------|---|
| Freitag, 22. November | Nachmittags: Beginn Tagung mit Vortrag Dr. Fischler
Abends: Treffen AbL-Frauen, Gesellschafterversammlung ABL-Verlag, Treff Interessengemeinschaften u.a. |
| Samstag, 23. November | Vormittags: Diskussionsforen zu Modellregionen, Gentechnik u. Fütterung, Milch, Biomarkt u. Ökoland, Osteuropa
Nachmittags: AbL-Mitgliederversammlung, Wahlen usw.
Abends: Bunter Abend |
| Sonntag, 24. November | Frühstück, anschließend Abreise |

Wer zahlt für nicht bestellte Gene?

In Kanada verklagen Öko-Bäuerinnen und -Bauern Gentechnikkonzerne

Normalerweise hätte Marc Loiséle auf dem Mähdrescher sitzen müssen und keine Zeit dazu gehabt, mit seiner Frau Anita und seinem Kollegen Hart Haidn eine Woche durch Deutschland zu tingeln. Während hierzulande der große Regen die Normalität aus den Angeln hebt, ist es in Kanada eine noch nie dagewesene Trockenheit. Zwei Drittel seiner Ernte geht dem Öko-Bauern Loiséle dies Jahr verloren, weil es statt 300 Millimeter Regen seit April nur schlappe 80 gab. Trotzdem sind diese Verluste gering gemessen an dem, was Kanadas Bio-Bäuerinnen und -Bauern von ganz anderer Seite droht. Mit der Einführung immer neuer gentechnisch manipulierter Pflanzensorten durch die großen Saatgutmultis wie Monsanto oder Aventis (dessen Agrarsparte nun Bayer übernommen hat) wird ihnen nach und nach die Existenzgrundlage entzogen. „Ökologischer Rapsanbau ist bei uns aufgrund der Gefahr der Auskreuzung durch Genraps praktisch unmöglich geworden“, beschreibt Loiséle das Problem, „der Anteil des Genraps-Anbaus liegt bei 50 %.“ Zwar spielt der ökologische Rapsanbau in Ka-

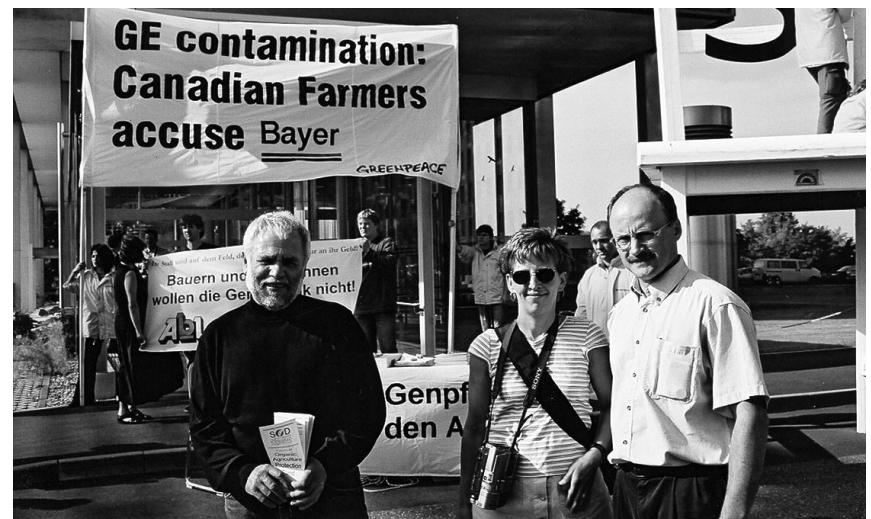
nada eher eine Nebenrolle, gerade aber in Saskatchewan, der Provinz in der die Loiséles leben, gibt es durchaus die Nachfrage von Firmen in Übersee. Saskatchewan, die Prärie, ist die Kornkammer Kanadas, mit intensivem Ackerbau. Dort wo konventionelle Fruchtfolgen auf Raps, Weizen, Gerste zusammengeschrumpft sind, produzieren die Loiséles oder Haidn unterschiedliches Getreide, Bohnen, Erbsen, Flachs, Senf hauptsächlich für den Export. Sie sind, wie alle Öko-Bäuerinnen und -Bauern der Gentechnikfreiheit verpflichtet, und werden gerade von ihren europäischen Abnehmern daraufhin streng kontrolliert.

Konzerne verklagt

Nachdem der Anbau von Raps längst zu einem zu großen Risiko geworden ist, droht übernächstes Jahr die Einführung von gentechnisch verändertem Weizen durch Monsanto. Die Bio-Bäuerinnen und -Bauern in Saskatchewan werden allerdings nicht klaglos zusehen, wie ihnen damit über kurz oder lang unweigerlich auch die Möglichkeit des ökonomisch weitaus bedeutenderen Weizen-

anbaus genommen würde. Gemeinsam mit einem weiteren ökologisch wirtschaftenden Bauern und der Unterstützung der Mitglieder einer regionalen Ökoanbauorganisation, reichte Marc Loiséle im Januar diesen Jahres eine Klage gegen die beiden ganz großen Gen-Konzerne Monsanto und Aventis/Bayer beim örtlichen Gericht ein. Zum einen geht es darum, den Konzernen Verantwortung für die Folgen ihres Handelns abzuverlangen. Sehr wohl war

Haidn, „allerdings aus dem zweifelhaften Grund, dass sie in ihrem Roundup Ready Weizen den Roundup Ready Raps als nicht wegspritzbares Problemkraut fürchten.“ Insofern sieht er solche Unterstützung mit einem weinenden und einem lachenden Auge. Schließlich ist es schon ein Erfolg, dass sich innerhalb der konventionellen Bauernschaft in Kanada überhaupt zarte Kritik an der Gentechnik regt. „Langsam wandelt sich etwas in den Köpfen,



Protest gegen Konzern Bayer

Drei kanadische Bauern protestierten in Leverkusen vor den Toren des Gentechnik-Konzern Bayer gemeinsam mit deutschen Kollegen und mit Greenpeace. Die Ökobauern Marc und Anita Loiséle aus der Region Saskatchewan klagen die Konzerne Monsanto und Bayer an. Durch den großflächigen Anbau von genmanipuliertem Raps können die Ökobauern selbst keinen Raps mehr anbauen, da er durch Einkreuzungen von Nachbarfeldern, gentechnisch verunreinigt wird und als Ökowerkzeug unverkäuflich wäre. Ihr Ziel ist es, dafür Schadensersatz von den Konzernen zu bekommen. Doch Bayer und Monsanto entziehen sich der Klage der kanadischen Bauern in dem sie sich nicht verteidigen und damit das Verfahren ausbremsen. Auch in Leverkusen wollten sie die Klageschrift der Loiséles nur hinter verschlossenen Türen entgegennehmen. Foto: Schimpf

Weder auf dem Acker noch im Futtertrog erwünscht

Nach einer aktuellen Umfrage ist die Ablehnung bei den deutschen Bauern gegen Gentechnik in der Landwirtschaft unvermindert hoch. Während 70 Prozent der Bauern keine Gentechnik-Pflanzen auf ihren Äckern anbauen wollen, wollen das nur 17 Prozent der über 1.000 befragten Landwirte. In der aktuellen Umfrage des Wickert-Instituts für Greenpeace bestätigt sich damit die Zurückweisung der Bauern an die Gentechnik-Industrie und ihr herbizid-resistentes Saatgut. Fast 40 Prozent der Landwirte befürchten wirtschaftliche Nachteile, wenn sie Gentechnik-Pflanzen anbauen würden. Die Sorge vor gentechnischen Verunreinigungen der eigenen Ernte ist hoch. Von ihren Nachbarn wollen 70 Prozent der Landwirte wissen, ob sie Gentechnik-Pflanzen anbauen, was jedoch durch kein Gesetz vorgeschrieben wird. In der Pflicht für eine Entschädigung einer verunreinigten und unverkäuflichen Ernte sehen 41 Prozent der Landwirte den Staat. Über ein Viertel wollen die Gentechnik-Konzerne und 16 Prozent den Nachbarn, der

die Gentechnik-Pflanzen angebaut hat, in die Haftung nehmen. Nur 8 Prozent halten die Verunreinigung für höhere Gewalt. Eine schlechte Bilanz für die millionenschwere Propaganda der Gentechnik-Konzerne, die Gen-Verunreinigungen nun seit Jahren als harmlos und unvermeidbar darstellt, nachdem sie sie vorher über Jahre als reine Panikmache von Ideologen niedergemacht hatten.

Ähnlich kritisch sehen die Bauern genmanipuliertes Futter. Wenn es gekennzeichnet werden müsste, würden fast dreiviertel der Landwirte es nicht kaufen. Da Futtermittel aber bislang nicht gekennzeichnet werden müssen, haben Bauern keine Möglichkeit sich dagegen zu entscheiden.

Bei all der Kritik und einer rechtlichen Lage, die den Informationsbedarf der Bauern und die Frage der Haftung völlig ignoriert, erstaunt nicht, dass sie ihre Interessen vom Deutschen Bauernverband (DBV) schlecht vertreten sehen. Mehr als die Hälfte der Bauern kritisiert die Politik des DBV, der sich für mehr Gen-Pflanzen einsetzt, nur ein Viertel stimmt dieser Politik zu.

denen vor der Einführung des Gen-Rapses klar, dass es zu Auskreuzungen und damit zu gentechnischen Verunreinigungen konventioneller Rapsorten kommen wird. Damit war ihnen auch bewusst, welche Konsequenzen das für den ökologischen Landbau mit sich bringt. „Wir wollen die Gewissheit, dass die Firmen für den von ihnen auf unseren Höfen angerichteten Schaden haften müssen“, erklärt Loiséle. Bisher würde ein Biobauer nicht entschädigt, würde seine Rapsernte aufgrund gentechnischer Verunreinigung zu Ökokennen unverkäuflich. Und damit es beim Weizen soweit gar nicht kommt, wollen die Bäuerinnen und Bauern per Gericht auch die Einführung des Gen-Weizens stoppen lassen. Für dieses Vorhaben bekommen sie unverhofft Schützenhilfe aus dem konventionellen Lager. „Der Verband der pfluglos wirtschaftenden Landwirte in Kanada ist auch gegen die Einführung des Gen-Weizens durch Monsanto“, so Hart

es wird gesehen, dass auch bei uns die Gesellschaft der grünen Gentechnik eher ablehnend gegenübersteht, dass Exportmärkte in Europa wegbrechen“, schilderte Haidn die Situation: „Viel zu sehr sind bei uns politische Entscheidungsträger mit den Firmen verquickt.“ „Wir werden einen langen Atem brauchen, zumal Monsanto gleich von Anfang an auf Zeit spielt und nicht auf die Klagevorwürfe reagiert hat“, so Loiséle. Um so einem Konzern etwas entgegenzusetzen braucht es mehr als ein paar engagierte Kanadier. Nicht zuletzt deshalb sind die kanadischen Öko-Bäuerinnen und -Bauern auf Einladung von Greenpeace in Deutschland unterwegs gewesen. „Ihr müsst hier in Europa bei eurer strikten Ablehnung gegenüber der Einführung der grünen Gentechnik bleiben, damit wird dann auch unsere Position enorm gestärkt“, bringt Haidn es auf den Punkt, „Lasst euch die Entwicklungen in Kanada eine Warnung sein!“

Gentech-Nahrung Hungernden aufgezwungen

In vier Staaten in Afrika sind einige Millionen Menschen vom Hunger bedroht, doch die Nahrungsmittelhilfe aus den USA enthält gentechnisch veränderten Mais, gegen den es von der Regierungen in Zimbabwe, Sambia und Mosambik deutliche Bedenken gibt. Auch wenn die Kritik an den Maislieferungen des US-Hilfsprogramms auf den ersten wie ein unverständlicher Luxus aussieht, gibt es doch gute Gründe für die Bedenken. Schließlich wird ein Teil des Lebensmittel Mais als Saatgut zurückgelegt. Wenn Zimbabwe nicht mehr garantieren kann gentechnisch freie Ware anzubieten, kann es möglicherweise keinen Mais mehr in die EU importieren. Ob die Bauern dann auch noch Patentgebühren an die US-Konzerne zahlen sollten, ist nicht auszuschließen, so die Frankfurter Rundschau. Auf die Forderung den Mais vor der Verteilung zu mahlen, wollten sich die USA nicht einlassen. pm



Foto: BUND

Keine Wendemöglichkeit bei falscher Wahl

Ihre Kampagne gegen Gentechnik in Lebensmitteln und Landwirtschaft eröffnete die Umweltorganisation BUND mit einem 8 m hohen Riesen-Maiskolben in Berlin. Bei der Tour durch 50 Städte vor der Bundestagswahl fordern die Aktivisten eine klare Positionierung von Parteien und Politikern zur Gentechnik. Mehr Infos über die Aktionstour unter Tel: 030-27586464 oder unter www.no-genfood-tv.de

Sicherheitsforschung ohne Forschung

Statt den zur Aussaat freigegebenen manipulierten Mais auf Umweltrisiken zu beforschen, gelang es den Zuständigen des Agrarchemiekonzern Syngenta noch nicht mal, den Verbleib ihres Saatgutes ihm Auge zu behalten. Ein Landwirt im südhessischen Wölfersheim hatte noch Gentech-Saatgut vom letzten Jahr übrig und säte ihn erneut aus. Bemerkte hatte das nur die Umweltorganisation Greenpeace, was dann zu regem Treiben bei Syngenta führte. Versuchten Unternehmensvertreter doch den Landwirt rückdatierte Bescheinigungen über angebliche Forschungen am Standort unterschreiben zu lassen. Doch ihm wurde es zu dumm, er verweigerte die Unterschrift und pflügte den Mais unter. ms

Richtigstellungen:

Beesten statt Struck

Leider wurde in der letzten Ausgabe auf der Seite 7 bei der Meldung „Ökomischfutter und hofeigenes Futter“ der Interviewer mit dem Interviewten des Ernährungsdienstes verwechselt. So machte nicht Herr Struck, der Mitarbeit des Ernährungsdienstes ist, die genannten Aussagen sondern Herr Beesten. Richtig muss es heißen: „...So erklärte Herr Beesten, Vertreter des Ökofuttermittelherstellers Reudink biologische Futtermittel, im Ernährungsdienst die Rolle seines Unternehmens.Die seit 1999 zur Unternehmensgruppe Nutreco gehörige Öko-Firma Reudink biologische Futtermittel produziert laut Herrn Beesten Die Ökoanteile in den verschiedenen Branchen schätzt Beesten folgendermaßen ein: ...“

Schneider statt Moksel

In unserem Artikel der Juli-Ausgabe über die zunehmenden Verflechtungen von Agrarindustrie und Biosektor berichteten wir u.a. über die „Biopark“-nahe Erzeugergemeinschaft „Weidehof“ und die darin dominante Familie des ehemaligen Moksel-Managers Rodo Schneider. Neben der Haltung von einigen tausend Bio-Mutterkühen betreibt die Familie Schneider auch die zweitgrößte agrarindustrielle Bullenmastanlage Deutschlands im mecklenburgischen Hohenwangelin, einst Teil des DDR-„Kombinats Industrielle Mast“. Irrtümlich hatten wir diese Mastanlage mit 15.000 Mastplätzen der Familie Moksel zugeschrieben. ril

Hilfsbereitschaft unter Bauern

Mehrere Organisationen rufen zu Geld- und Sachspenden für Bauern und Bäuerinnen in den von Hochwasser betroffenen Gebieten auf

Vielen Bäuerinnen und Bauern in den von Hochwasser geschädigten Regionen sind dringend auf Unterstützung angewiesen. Teils wurden Hofgebäude schwer geschädigt, Einrichtungen zerstört oder ganze Tierbestände ertranken. Zusätzlich ist das Futter knapp, da Vorräte durch das Hochwasser zerstört und Flächen teils unter einer dicken Schicht Schlamm und Kies

begraben liegen.

Von der Bundesregierung wurde ein Sofortprogramm aufgelegt, neben Soforthilfen können Landwirte in den Hochwassergebieten Stilllegungsflächen als Futterflächen nutzen und die EU hat dem 50%igem Vorschuss der Flächenzahlungen zugestimmt: Ausgezahlt werden kann ab September.

Sach- und Geldspenden nehmen diese Organisationen entgegen:

Die Arbeitsgemeinschaft der ostdeutschen Verbände der Landwirte im Nebenberuf (ALLN) ruft zu Futter-, Heu- und Strohspenden auf. In Sachsen-Anhalt wird das unter der Telefonnummer 039034-94349 und in Sachsen unter Tel: 03774-329073 koordiniert.

Geldspenden können auf das Konto des VLN Sachsen-Anhalt mit der Kontonummer 3044004100 bei der Sparkasse Altmark West mit der Bankleitzahl 810 555 55 unter dem Stichwort „Flut“ überwiesen werden.

Die **Zukunftsstiftung Landwirtschaft** und die **Stiftung Ökologie & Landbau** haben sich zusammengetan, um Spenden für hochwassergeschädigte Biohöfe, denen die Gebäude, Maschinen oder Tiere vernichtet wurden, zu sammeln. Über die Spendenvergabe entscheiden Vertreter der Stiftungen und der ökologischen Anbauverbände aus den Überflutungsgebieten.

Gespendet werden kann unter dem Stichwort „Hochwasserhilfe Bio-Landwirte“ auf das Konto der Gemeinnützigen Treuhandstelle e. V. mit der Nummer 13 022 710 bei der GLS Gemeinschaftsbank mit der Bankleitzahl 430 609 67

Der **Deutsche Bauernbund** hat eine Hotline unter dem Motto „Bauern helfen Bauern“ eingerichtet: Tel: 03946-708906 unter der Futter- und Strohspenden oder praktische sowie maschinelle Unterstützung koordiniert werden soll.

Zusätzlich gibt es ein Spendenkonto des Landvolkverbandes Sachsen-Anhalt unter dem Stichwort „Bauern-Fluthilfe“ bei der Osttharzer Volksbank mit der Bankleitzahl 800 635 08 und der Kontonummer 100 053 309

Auch der **Verlag baerens & fuss** ruft zu Geldspenden für hochwassergeschädigte Biobauern auf: Kontoinhaber baerens & fuss mit der Kontonummer 46 681 200 bei der GLS Gemeinschaftsbank mit der Bankleitzahl 430 609 67

AbL NRW zur Zukunft des Ökolandbaus

Über die bisherige und weitere Entwicklung des ökologischen Landbaus diskutierten auf Einladung der AbL Nordrhein-Westfalen Gregor Pöbsel (damals noch Geschäftsführer Naturland NRW; 3. v. links), Josef Jacobi (AbL und Upländer Bauernmolkerei; Mitte) und Vincent Thuneke (Geschäftsführer Bioland NRW). Hintergrund der von Detlef Reepen (rechts) moderierten Debatte war natürlich der Nitrofen-Skandal, der auch im Ökolandbau Fragen über die Verwicklung mit agrarindustri-

len Strukturen und über Betriebskooperationen aufgeworfen hat. Ein Ergebnis: Bauern und Bäuerinnen müssen, auch in den Verbänden, ihre Sache in der Hand behalten bzw. wieder mehr in die Hand nehmen. uj



Foto: Jasper

Die STV will's wissen

Nun werden Nachbauinformationen massiv über Aufbereiter eingefordert

Nun sind die Aufbereiter endgültig dran. Waren bislang nur vereinzelt Genossenschaften, Gemeinschaften und Einzelpersonen, die für Bäuerinnen und Bauern Nachbausaatgut reinigen und beizen, von der Saatgut Treuhand Verwaltungs GmbH (STV) angeschrieben worden, kommt die Post nun flächendeckend. Nicht nur die zunächst verschickten Auskunftersuchen machen die Runde, sondern auch konkrete Klageandrohungen bei Auskunftsverweigerung. Die ersten Prozesse laufen schon, außerdem wird ein Aufbereiter sogar derzeit durch eine einstweilige Verfügung an der weiteren Ausübung seiner Tätigkeit gehindert.

Das Landgericht in Hamburg, welches bislang dadurch glänzte, in Verfahren gegen Bäuerinnen und Bauern besonders vorteilhaft für die STV zu richten, sprach bereits ein erstes Urteil gegen einen Aufbereiter. Etwas anders sehen andere Kammern, z. B. das Landgericht in München, wieder einmal die Angelegenheit. So reicht es nach Auffassung der dortigen Richter nicht aus, wenn die STV bereits den Bezug von Beizmitteln als Beweis für eine Aufbereiteraktivität anführt, um Auskunft verlangen zu können. Das Landgericht in Düsseldorf ging noch weiter. Für die Richter dort bestehen – ähnlich wie in den dortigen Verfahren gegen Bäuerinnen und Bauern – erhebliche Zweifel an einer allgemeinen Auskunftspflicht. Es bleiben die immer gleichen Fragen danach, was die STV vorbringen muss, um Informationen erhalten zu können und was die Aufbereiter überhaupt preisgeben müssen. Zumal hinzukommt, dass im Text des deutschen Nachbaugesetzes die Auskunftspflicht der Aufbereiter nur im Nebensatz, also nachrangig gegenüber

der der Bäuerinnen und Bauern erwähnt wird. Das Gericht kündigte an, dass es aller Voraussicht nach die Angelegenheit an den Europäischen Gerichtshof (EUGH) weiterreichen werde.

Raiffeisen nimmt Stellung

Aufgrund der Fülle der Anfragen sah sich der Raiffeisenverband gefordert, die Sachlage zu sichten und eine Informationsschrift an seine Mitglieder – sicherlich sammeln sich hier die meisten genossenschaftlichen Aufbereiter – herauszugeben. Man urteilt sehr zurückhaltend und gibt – anders als der Bauernverband seinen Mitgliedern – nicht den Rat zur pauschalen Auskunft. Es gebe noch viele rechtliche Unklarheiten, so der Tenor. Interessant sind die Ausführungen des Verbandes zu

EU-geschützten Sorten. Im EU-Recht gibt es nämlich in dem Abschnitt, der sich mit der Auskunftspflicht der Bäuerinnen und Bauern befasst, den Passus, dass Aufbereiter die Zustimmung des Landwirtes einholen müssen. Ob sich diese Aussage auch auf die in einem anderen Abschnitt geregelte Auskunftspflicht für Aufbereiter bezieht, ist nicht nur für den Raiffeisenverband eine zentrale Frage. Die Antwort der STV darauf ist natürlich eindeutig: „Der Auskunftsanspruch gegen den Aufbereiter ist nicht davon abhängig, dass der Landwirt bezüglich der Auskunftserteilung durch den Aufbereiter sein Einverständnis erteilt“, schreibt das Anwaltsbüro der STV dem Raiffeisenverband in einer Stellungnahme. Ob der Rest der Welt das auch so sieht, darf bezweifelt werden. cs



Noch bevor unter schwierigen Bedingungen die ganze Ernte eingebracht ist, verschickt die Saatgut Treuhand Verwaltungs GmbH mal nebenher die veralteten Fragebögen. Foto: Niemann



Dickfellig dreist

Während in alle Richtungen debattiert, verhandelt und signalisiert wird, hat der Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter kein Problem damit, dreist die STV auch in diesem Jahr wieder die alten Nachbaugebühren-Fragebögen los-schicken zu lassen. Man solle doch jetzt bitteschön noch mal schnell Ausfüllen, bevor dann im nächsten Jahr alles einfacher würde, ist zwischen den Zeilen der Pressemitteilung zu lesen. Höchststrichterliche Rechtssprechung habe im übrigen bestätigt, dass die Züchter ein Recht auf Nachbaugebühren hätten, heißt es dort weiter. Eigentlich müsste doch auch dem Bund der deutschen Pflanzenzüchter längst zu Ohren gekommen sein, dass es im Verfahren vor dem Bundesgerichtshof lediglich um die Frage ging, ob die Bäuerinnen und Bauern zur Auskunft über den Nachbau verpflichtet sind.

Getreidezucht-Konzentration

In der Getreidevermehrung in Deutschland führt die Saaten-Union mit 23% der Fläche, gefolgt von der KWS-Tochter mit 15% und der IG Pflanzenzucht und der BayWa mit je 13%. Auf weiteren Plätzen die Nickerson GmbH (Tochterfirma der Limagrain-Gruppe), Semundo (Svalöf-Weibull-Gruppe), Cebeco und Novartis. pm

Elefantenrunde zum Nachbau

Interessengemeinschaft stellt Lösungsansatz vor

Wenn der Staatssekretär ruft, kommen sie alle: der Bund der deutschen Pflanzenzüchter, Bauernverband, Raiffeisenverband, Saatgut Treuhand Verwaltungs GmbH und nicht zuletzt auch die AbL und die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IGN). Staatssekretär Matthias Berninger vom Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft hatte eingeladen, um mit allen Beteiligten über politische Lösungswege aus den Auseinandersetzungen rund um die Nachbaugebühren zu suchen. Die IGN legte einen konkreten Vorschlag zum

Vorgehen vor. Zuerst müsse man sich darauf verständigen, dass die Ausforschung der STV per Post und Kontrollen ein Ende hat. Dann könne auch die IGN sich vorstellen, über Geld zu diskutieren. Innerhalb der IGN werde in Richtung eines Fondsmodell gedacht, in den – mit Ausnahmen u. a. von Kleinlandwirten oder reinen Grünlandbetrieben – alle Beteiligten, auch die Züchter und auch die öffentliche Hand einen Beitrag einzahlen würden. Die Verteilung des Geldes würde unter öffentlich-rechtliche Aufsicht gestellt und sollte an bestimmte Kriterien gebunden sein.

Eine lebhafte Debatte entstand, in deren Verlauf der Vertreter der Züchter signalisierte, einen Verzicht auf das Auskunftsverfahren akzeptieren zu können, wenn trotzdem ein finanzieller Interessenausgleich zwischen ihnen und den Bäuerinnen und Bauern gewährleistet würde. Seine Bereitschaft zur Mitarbeit an der Ausarbeitung eines Fondsmodell erklärte der Bauernverbandsvertreter. Auf Vorschlag Berningers wird dazu nun eine Fachgruppe eingerichtet. Bleibt zu hoffen, dass im Falle eines Regierungswechsels der 22. September nicht auch das Mindesthaltbarkeitsdatum dieser Initiative darstellt. cs

Studie aus Jena Grund zum Handeln im Osten

Die ostdeutschen Bauernverbände sehen sich durch die Studie von Prof. Bayer zu den fehlerhaften LPG-Umwandlungen in ihren Forderungen bestätigt. Der Präsident des Deutschen Bauernbundes (DBB) Klamroth betont: Das Problem liegt nicht in dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz des Bundes, sondern in der mangelhaften Durchsetzung durch die Landesregierungen der neuen Länder. Die ostdeutschen Verbände der Landwirte im Nebenberuf (VLN) fordern nun eine erneute Überprüfung aller (!) LPG-Nachfolgeunternehmen sowie eine Verlängerung der Verjährungsfrist zur Geltendmachung von Ansprüchen aus der Vermögensauseinandersetzung. In Mecklenburg-Vorpommern haben sich am 13. August erstmals vier Verbände gemeinsam wegen ungerechter Landwirtschaftspolitik im Land an die Öffentlichkeit gewandt: die Interessengemeinschaft Boden (IG Boden der Abl), der Landbund (Mitglied im DBB), der Verband der Landwirte im Nebenerwerb und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Sie forderten, die Liste verfehlter LPG-Umwandlungen zu veröffentlichen, die Prüfverbände zur Rechenschaft zu ziehen und die Betriebe vom begünstigten Landkauf auszuschließen. Vorgehen wollen sie zudem gegen die Benachteiligung von Betrieben bei Verpachtung und Verkauf von öffentlichen Flächen der BVVG. we

Kein Grund zum Feiern: 10 Jahre BVVG

Zufrieden zeigten sich Dr. Horstmann und Dr. Müller, die Geschäftsführer der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) auf der Bilanz-Pressekonferenz am 1. Juli in Berlin, wenn sie auch zugeben mussten, dass die Privatisierung ehemals volkseigener Landwirtschaftsflächen in Ostdeutschland nicht immer einfach war. Doch sei die Landwirtschaft im Osten nun leistungsfähiger als in den alten Bundesländern. Dies ging freilich zu Lasten der Arbeitskräfte bei einem Rückgang von 850.000 Menschen in der ostdeutschen Landwirtschaft vor der Wende auf heute unter 150.000. Den Auftrag der BVVG als bundeseigener Immobilien-Dienstleister sieht Dr. Jörg Gerke, AbL-Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern, durch die Bildung von Großgrundbesitz in den neuen Bundesländern



Jörg Gerke (l.), AbL-Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern sowie IG Boden erhielt auf der AbL-Pressekonferenz Unterstützung vom AbL-Bundesvorsitzenden Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf (r.). Wenn sich auch vorwiegend die ostdeutsche Presse am Thema interessiert zeigte, so kann es Bauern und Bäuerinnen in Westdeutschland keineswegs egal sein, wenn bäuerliche Betriebe im Osten über die Flächenvergabe ausgebremst werden und Agrarindustrielle profitieren. Foto: Erdmanski-Sasse

konterkariert. Gemäß der Arbeitsgrundlage der BVVG hätten durch die Verteilung der Flächen möglichst viele Betriebe eine Existenzgrundlage erhalten müssen und damit wäre diese ungesunde Flächenzusammenballung vermieden worden. Auf der AbL-Pressekonferenz zur Kritik an der Flächenvergabepraxis der BVVG wies er darauf hin, dass gerade auch westdeutsche Agrarindustrielle im Osten profitiert hätten. Dagegen fühlen sich viele Bauern bei der Vergabe der Flächen bewusst benachteiligt und hintergangen. So habe es bei der Arbeit der Pachtvergabekommissionen kaum Transparenz gegeben, meist auch keine Protokolle. Wiedereinrichter sahen sich oft mit denselben Leuten konfrontiert, die sie in die LPGen hineingedrängt hatten. Durch Zuschiebereien bei BVVG-Pachtflächen sei Betrieben ein geldwerter Vorteil in Größenordnungen von 200-300.000 € entstanden. „Diese Summen“, so Gerke, „sind einfach zu groß, als dass die Politik zur Tagesordnung übergehen könnte.“ Die AbL wird sich mit der neugegründeten IG Boden nun dafür einsetzen, dass rechtliche Überprüfungen stattfinden und politische Konsequenzen gezogen werden. we

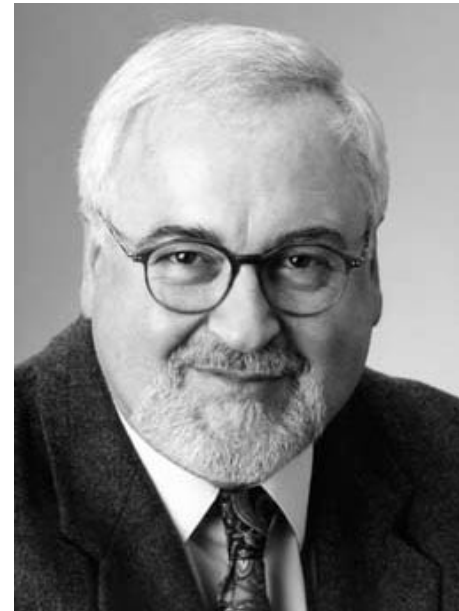
Stoibers Mann für Agrarfragen

Wegen der föderalen Ausgewogenheit hat Kanzlerkandidat Stoiber ein Nordlicht als Landwirtschaftsexperten in sein Kompetenzteam berufen und damit zum Anwärter auf den Ministerposten gemacht: Peter-Harry Carstensen von der schleswig-holsteinischen Westküste, 55 Jahre alt, Landwirt, diplomierter Agraringenieur und Oberlandwirtschaftsrat a.D.. Bereits seit 1994 ist er Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Deutschen Bundestag.

Damit wäre das Intermezzo einer fachfremden Verbraucherministerin nach einem CDU-Wahlsieg schnell wieder besiegelt. Ein Zurück in gute alte Zeiten erhoffen sich Bauernverband und Agrarlobby von dem CDU-Kandidaten Carstensen. Was es aber für Bauern und Bäuerinnen bedeutet, wenn das Reizwort „Agrarwende“ vom Tisch sein sollte, bekamen zunächst die Ostdeutschen zu spüren. „Ich nehme den Begriff „bäuerliche Familienbetriebe“ nicht mehr in den Mund“, soll Carstensen auf einer CDU-Veranstaltung in Teschow mehrmals gesagt haben. Für ihn zählten nur zukunftsfähige Betriebe – Wasser auf die Mühlen der anwesenden Großbetriebe.

Carstensen ist bekannt für deftige Sprüche – quasi ein Funke der CDU -, die er aus Opportunitätsgründen auch eben mal wieder zurücknimmt. Angesichts des Nitrofenskandals machte Carstensen von sich reden, denn er konnte im Flensburger Tageblatt „klammheimliche Genußtuung nicht verhehlen, dass der Öko-Landbau wieder auf den Teppich geholt wird“. Diese sowie weitere Äußerungen im Handelsblatt (etwa: er werde die deutsche Vorreitrolle in der Agrarpolitik der EU beenden, d.h. was in anderen europäischen Ländern erlaubt sei an Pflanzenschutzmitteln, Käfighaltung, tierisches Fett im Kälberfutter dürfe deutschen Bauern

nicht verboten werden) entschärfte er teilweise wieder: Es sei völlig klar, dass die Verwendung tierischer Fette in Kälberfutter verboten bleiben muss, auch dürfe es nicht sein, dass Südtiroler Äpfel mit Pflanzenschutzmitteln bekämpft werden, die bei uns verboten sind. Den ökologischen Landbau wolle er keineswegs zurückdrän-



Peter-Harry Carstensen Foto: Deutscher Bundestag

gen, allerdings müsse die Diskriminierung der konventionellen Landwirtschaft beendet werden.

Bleibt fraglich, ob Bäuerinnen und Bauern mit einem solchen Agrarminister alter Prägung eine Zukunft hätten. Zumindest musste er sich den Vorwurf gefallen lassen, dass die Deutsche Gesellschaft für Agrar- und Umweltpolitik, der er als Präsident vorsteht, sich von der Industrie instrumentalisiert lasse. Nachweislich ist Carstensen Mitglied im Aufsichtsrat der Nordfleisch AG sowie Vorsitzender des Kuratoriums des Vereins für Agribusiness-Forschung in Leipzig. we

„Stoibers Schuß“ und „Herzenskönigin“

Für uns Bauern sind Sie eine Königin der Herzen“ – so kündigte Bauernverbandspräsident Sonnleitner die CDU-Vorsitzende Angela Merkel unter dem Raunen der Delegierten beim Bauerntag in Nürnberg an. „Eine derart hymnische Einführung“, so die Nürnberger Nachrichten, „war vielen der 400 Delegierten offenbar etwas unheimlich“. Vor der Kongresshalle demonstrierten derweil Bauern von AbL und Bund Naturschutz gegen die „Konzeptionslosigkeit und Klientelpolitik“ der Bauernverbandsspitze. Sie forderten statt „Agribusiness“ eine konsequente Fortführung der Agrarwende zugunsten regionaler

und ökologischer Kreisläufe und kleinerer und mittlerer Betriebe. In entscheidenden agrarpolitischen Fragen stehe die DBV-Spitze nicht auf deren Seite. Gleichzeitig kritisierte auch die von Merkel und Sonnleitner hart attackierte Ministerin Künast die Politikblockade des Bauernverbands: Statt die Interessen der Bauern zu vertreten, sitze Sonnleitner „bei Edmund Stoiber auf dem Schoß und schreibt mir nur noch Briefe“. Mit Blick auf die Verflechtung mit den Raiffeisen-Großgenossenschaften bedauerte sie, manche der Bauernfunktionäre arbeiteten gar nicht für die Bauern, sondern in ihre eigenen Taschen. pm

Die gescheiterten LPG-Umwandlungen – was nun?

So lautet der Titel einer vielbeachteten Tagung, mit der Prof. Dr. Walter Bayer von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Jena am 26. Juli 2002 die Ergebnisse einer Studie zu Rechtsproblemen bei LPG-Umwandlungen vorstellte. Damit ist der Gesetzgeber nun gefordert, dieses unliebsame Kapitel der Wiedervereinigung noch einmal anzupacken. Wir sprachen mit Prof. Bayer über konkrete Möglichkeiten.

Herr Professor Bayer, die Ergebnisse Ihrer Studie haben die interessierte Öffentlichkeit aufgeschreckt und bestätigt, was Insider schon immer vermutet haben: In den Vermögensauseinandersetzungen sind Abfindungen in der Mehrzahl der Fälle zu niedrig festgesetzt worden, sprich LPG-Nachfolger haben sich auf Kosten der ausgeschiedenen Mitglieder bereichert. Dazu kommt, dass 189 LPG-Umwandlungen von insgesamt 1.719 aufgrund gravierender Verstöße unwirksam sind, d.h. jede zehnte LPG besteht in unerkannter Liquidation fort.

Sie haben dazu auf der Tagung gesagt: „Ich bin sicher, dass sich die Politik anders verhalten hätte, wenn unsere heutigen Erkenntnisse bereits damals bekannt gewesen wären“. Das weckt bei den Betroffenen natürlich große Erwartungen.

Meine Aussage bezieht sich auf die Vermögensauseinandersetzungen. Da hat man ja der Politik immer gesagt, das seien Einzelfälle. Darauf hat die Politik vertraut und deswegen keine Maßnahmen ergriffen. Ob die Politik heute – in Kenntnis der neuen Situation – noch einmal die Vermögensauseinandersetzung auf den Prüfstand stellt, ist schwierig zu beurteilen, da möglicherweise die ganzen Ansprüche schon Ende letzten Jahres verjährt sind.

Also das sehen Sie skeptisch?

Zumindest dort, wo die LPG nicht unwirksam umgewandelt war, also in den sonstigen rund 90 % der Fälle wird sich die Politik schwer tun. Es sei denn, man kommt bei genauerer Überprüfung zu dem Ergebnis, dass die Ansprüche nicht verjährt sind. Dann könnte sich die Politik vielleicht noch einmal der Vermögensauseinandersetzung annehmen. Aber diese Frage ist offen.

Man hat unserer Studie auch vorgeworfen, dass wir nicht berücksichtigt haben, inwieweit bei den Vermögensauseinandersetzungen hinterher noch nachgebessert worden ist. Aber der Einwand, es sei nachgebessert worden, ist im Großen und Ganzen nicht überzeugend. Denn stellen Sie sich mal vor, Sie hätten als Mitglied 50.000 DM beanspruchen können und nur 10.000 DM wären festgesetzt worden und hinterher gibt man Ihnen noch 5.000 DM drauf – Sie wissen aber immer noch nicht als einfaches LPG-Mitglied, was Ihnen eigentlich zusteht, und unterschreiben irgendetwas – das jetzt als Rechtfertigung

anzuführen, man hätte sich ja mit den Mitgliedern geeinigt, das ist doch wohl etwas zu vordergründig.

Nun war ja die Verjährungsfrist Ende letzten Jahres sehr umstritten.

Genau. Man hatte versucht, noch einmal dagegen vorzugehen, aber die Politik hat – und auch darauf bezog sich meine von Ihnen zitierte Aussage – wohl aufgrund unzutreffender Information wie: im Großen und Ganzen



Professor Bayer

Foto: Institut

seien es ja nur noch Einzelfälle, die noch nicht erledigt seien, davon Abstand genommen, an der Verjährungsfrage der Vermögensauseinandersetzung etwas zu ändern.

Das andere Thema unserer Studie ist die unwirksame Umwandlung von LPGen. Da machen sich nun viele Sorgen und die Aufregung ist groß, weil ja der neue Rechtsträger entstanden ist, aber rechtmäßig keine Kapitalausstattung hat, denn dieses Kapital gehört der alten LPG, die fortbesteht als Liquidationsgesellschaft und jederzeit aktiviert werden kann.

Sie haben jetzt diese Liste der 189 unwirksamen Umwandlungen weitergeleitet an die jeweiligen Landesbehörden und Registergerichte. Wie ist das aufgenommen worden? Es hat ja im Vorfeld aus Mecklenburg-Vorpommern schon Anfeindungen gegen Ihre Studie gegeben.

Dort hat man sich empört und gesagt: Das kann ja gar nicht sein! Da kann ich nur sagen: Überprüfen Sie es! In Thüringen, wo wir 28 Fälle festgestellt haben, hieß es aus dem Ministerium, die betroffenen Unternehmen wüssten schon Bescheid. Also hat man da wohl schon Kontakt aufgenommen.

Jetzt gibt es verschiedene Möglichkeiten. Natürlich können die Unternehmen erst mal abwarten. Aber es kann jederzeit ein Mitglied kommen und sagen: Ich bin der Meinung, bei uns war die Umwandlung unwirksam. Dann muss das Registergericht handeln. So denke ich, ist es auch aus Sicht des Unternehmens sinnvoll, aktiv zu werden, um die Sache zu bereinigen – jedenfalls jene Unternehmen, die feststellen, sie fallen unter die Kriterien der Unwirksamkeit (siehe Kasten). Dazu hat unsere Tagung Vorschläge gemacht. Es ist zwar schwierig, aber eine Bereinigung durch eine geschickte Vertragsgestaltung zwischen der Liquidations-LPG und dem Scheinnachfolger ist möglich.

Darauf hat man sich auf der Tagung einigen können?

Das stand im Mittelpunkt, aber es ist in der Tat alles nicht unproblematisch. Da könnte der Gesetzgeber ein bisschen helfen, indem er einige wenige gesetzliche Regelungen trifft, wie diese Bereinigung der Rechtslage am sinnvollsten erfolgen kann. Denn das aktuelle Recht hat hier Lücken. Auf diesen Sachverhalt war man natürlich nicht vorbereitet, dass noch nach 10 Jahren zwischen einer unerkannten Liquidations-LPG und dem Scheinnachfolger unrechtmäßige Vermögenszuwendungen geklärt

werden müssen.

Da ist nun also die Gesetzgebung gefordert?

Richtig. Und insofern, denke ich, wird der Gesetzgeber sich etwas bewegen, auch wenn Herr Staatssekretär Dr. Thalheim auf der Tagung zunächst abgewunken hat. Aber ich glaube, ihm war das Problem noch nicht bewusst. Da ist jetzt wohl ein Umdenkungsprozess in Gange. Was aber meinerseits nicht kommen darf, wäre eine Vorschrift in dem Sinne: Alle unwirksamen Umwandlungen sind jetzt wirksam.

Das wäre das sogenannte Heilungsgesetz.

Ja. Das kann ich mir nicht vorstellen.

Und Ihre Studie ist in Ostdeutschland auch so aufgenommen worden, dass jetzt etwas passieren muss?

Das ist zumindest die Meinung. Die ostdeutschen Bauernverbände waren größtenteils auf der Tagung vertreten und werden nun mit ihren politischen Kontakten nach Lösungen suchen. Jetzt ist natürlich auch Wahlkampf. Mal sehen, wie es hinterher aussieht.

Vielen Dank für das Gespräch we

Unwirksamkeit der LPG-Umwandlung

Die Studie von Prof. Bayer offenbart das Versagen der zuständigen Registergerichte, sei es durch schlichte Überforderung oder Zeitdruck im Zuge der Wiedervereinigung, so dass nahezu sämtliche LPG-Umwandlungen mehr oder weniger fehlerhaft sind. Die meisten Rechtsverstöße spielen heute keine Rolle mehr, denn durch Registereintragung erlangen auch fehlerhafte Umwandlungen grundsätzlich Bestandskraft. Jedoch für zwei Fallgruppen hat der Bundesgerichtshof die Wirksamkeit der Umwandlung trotz Registereintragung verneint: **Verstöße gegen den sog. Numerus Clausus**

D.h. es muss der Beschluss der Mitglieder zur Umwandlung in die neue Rechtsform vorliegen. Die Umwandlung muss zu einem zulässigen Zeitpunkt beschlossen worden

sein (nicht vor Inkrafttreten des Landwirtschafts Anpassungsgesetz von 1990, aber auch nicht nach dem 31.12.1991). Die gewählte Rechtsform muss dem Landwirtschafts Anpassungsgesetz von 1991 entsprechen, d.h. eingetragene Genossenschaft – mit der Ausnahme, dass zur Heilung fehlerhafter Umwandlungen eine nachträgliche Erweiterung der zulässigen Rechtsformen stattgefunden hat, wenn die Eintragung nach dem 7.7.1991 erfolgt ist.

Verstöße gegen den Grundsatz der Identität der Mitgliedschaft

D.h. es darf keine Mitgliederverdrängung stattgefunden haben z.B. durch Übertragung auf einen Treuhänder oder Errichtung einer GmbH & Co KG ohne Beteiligung aller LPG-Mitglieder als Komplementär oder Kommanditist an der KG.

Dreister Versuch Bauern haftbar zu machen

Die Küstenland Molkerei in Mecklenburg-Vorpommern forderte Mitte August an sie milchliefende Biobauern auf zu garantieren, keine Gentechnik in der Milchviehhaltung einzusetzen. Diese Selbstverständlichkeit – im Ökolandbau ist der Einsatz von Gentechnik in den Richtlinien verboten – wird dadurch dreist, dass die Biobauern auch versichern sollten, keine Stoffe einzusetzen, die mit Hilfe von Gentechnik hergestellt werden. Biobauern und Verbände sind bemüht das auszuschließen. Dennoch wird es bei manchem Medikament oder Impfstoff eng und erfordert viel Recherche der Bauern bei Tierärzten, eine Alternative zur Gentechnik zu finden. Die Küstenland Molkerei verarbeitet seit 1997 Biomilch und ist gerade mit der Westmilch Milchunion fusioniert, beides Tochterunternehmen der Humana Milchunion. Dass ein Bio-Verarbeiter versucht, seine Verpflichtung Gentechnikfreiheit zu garantieren einfach auf die Bauern abzuwälzen ist dreist. Für die Antwort blieb den Biobauern gerade mal ein Tag Zeit. ms

Milch-Koloss?

Eine bevorstehende Fusion der niederländischen Molkerei-Giganten Friesland Coberco Dairy Foods (FCDF) und Campina zu einem Konzern mit 8 Mrd. Euro Jahresumsatz meldet die Zeitung „Leeuwarder Courant“. Mit 10,5 Mrd. kg Milch würde laut Lebensmittelzeitung ein Koloss entstehen, der 95 Prozent der nationalen Milchmenge kontrollieren würde. en

Magere Milchmargen

Die internationalen Erzeuger- und Verbraucherpreise bei Milch hat die Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) untersucht: in USA, Kanada, Mexiko, Argentinien, Chile, Polen, Ungarn, Schweden, Großbritannien und Deutschland unterschieden sich die Erzeugerpreise der Bauern nur um 0,15 Euro je Liter Milch. Die Verbraucherpreise differierten dagegen um 1,20 Euro. Die höchsten Verarbeiter- und Vermarkterspannen wurden für die USA festgestellt, die niedrigsten in Polen, Ungarn, Chile und Deutschland. pm

Ökolandbau-Effizienz

Der Ökologische Landbau ist im Vergleich zu konventionellen Methoden wesentlich effizienter, so das Ergebnis einer Langzeitstudie des Schweizer FiBL-Forschungsinstituts. 21jährige Untersuchungen an Feldfrüchten wie Weizen und Kartoffeln ergaben, dass die Öko-Erträge durchschnittlich 20 Prozent geringer waren, aber mit einem um 36 bis 53 Prozent geringeren Nährstoffverbrauch. Der Energiebedarf, so die FiBL-Forscher, war wegen des Verzichts auf die energieaufwendige Dünger- und Pesticid-Herstellung sogar um 36 bis 53 Prozent geringer. pm

Schweizer Molkerei-Fusion mit Preissenkung

Drastische Schritte sorgen für Turbulenzen auf dem Schweizer Milchmarkt. Als Änderung des Landwirtschaftsgesetz wird das Auslaufen der Milchkontingentierung schon 2007 vorgeschlagen, zusätzlich soll ab November der Milchpreis um 2,7 Cent je Liter beim größten Milchverarbeiter Emmi gesenkt werden. Emmi übernimmt zugleich das Käsegeschäft der zweitgrößten Molkerei Swiss Dairy Food (SFD) und erhält damit eine marktbeherrschende Stellung. Emmi begründet seinen Schritt der Preissenkung im schweizer Landwirtschaftlichen Informationsdienst damit, dass die große Rohstoff-Preisdifferenz zwischen der Schweiz und der EU für sie nicht länger tragbar sei. Die Milchbauern, die an Emmi liefern, fordern im Gegenzug für die Preissenkung eine Kompensation über Direktzahlungen wie eine Milchkuhprämie von 136,- € von der Regierung, die diese bislang nicht zusagte. Der für Landwirtschaft zuständige Wirtschaftsminister Couchepin will jedoch den Abbau der staatlichen Stützungen verlangsamen. Es wird erwartet, dass auch andere Molkereien ihre Preise senken werden. ms

Geflügel-Konzern im Norden

Der finnische Schlachtkonzern HK Ruokatolo will gemeinsam mit dem schwedischen Bauern- und Genossenschaftsverband LRF den größten Geflügelkonzern in Nordeuropa schaffen. Dazu würden laut DGS-magazin mehrere Schlachtereien in Finnland, Schweden, Estland sowie die dänischen Firmen Kronfägel und Danpo gehören. en

KURZES AM RANDE

Hoffnung auf den Verbraucher

Sommerloch und Nitrofenskandal haben den Absatz von Biomilch sinken lassen, der Preis ist für Bauern kaum noch kostendeckend

Noch eine Hoffnung ärmer sind Bioland-Milchviehbetriebe aus Nordwürttemberg. In der Region Hohenlohe-Franken stellten schon lange vor der Förderung des Ökolandbaus etliche Höfe um. Doch Mitte des Jahres 2002 ist die Bioland Liefergemeinschaft Hohenlohe-Franken mit über 4 Mio. kg Milch erneut auf der Suche nach einer Molkerei, mit der sie zusammenarbeiten will. Ende 1999 wechselten die Bauern mit über 3 Mio. kg zur größten deutschen Biomolkei, Andechser Scheitz GmbH. Als 2001 der Bio-Absatz boomte folgten weitere Bauern mit 1 Mio. kg Milch. Die bayeri-

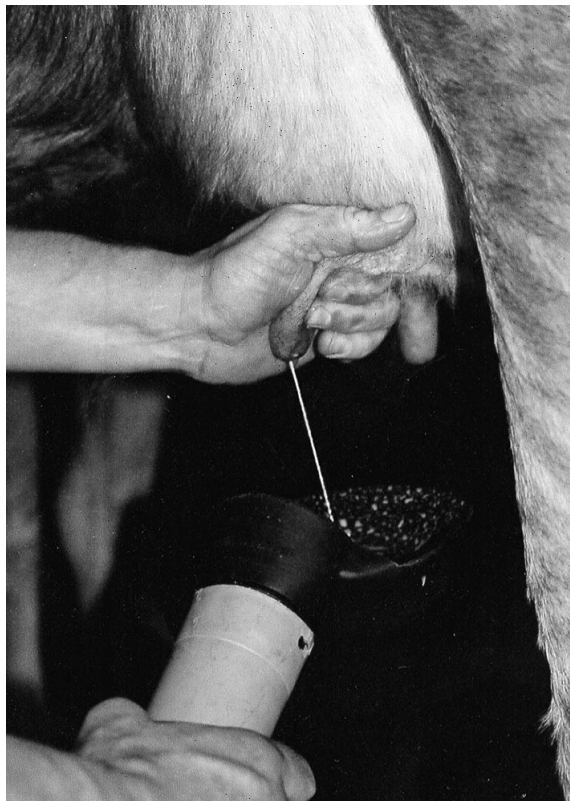
ter der Idee des ökologischen Landbaus steht. Doch nach der raschen Expansion hat die Andechser das Aufeinandertreffen von den fallenden Preisen im konventionellen Bereich mit Druck auf die Biopreise, das Sommerloch und das Abspringen der Gelegenheitskäufer von Bioprodukten nach dem Nitrofenskandal besonders getroffen. Wie die Lebensmittelzeitung berichtete, forderte Barbara Scheitz, Geschäftsführerin von Scheitz, ihre konventionellen Milchbauern auf, sich eine neue Molkerei zu suchen und halbierte so die Verarbeitung konventioneller Milch auf 28 Mio. kg. Auch im Biobereich wird in der

Verarbeitung vermehrt auf die eigene statt auf zugekaufte Milch gesetzt. Die Bioland Bauern aus Hohenlohe-Franken sind nun trotz Vertrag für die Molkerei statt begehrter Lieferanten ein hoher Kostenfaktor, da nun jeder Cent für Erfassung und Transport im Hause Scheitz noch mal ganz anders umgedreht wird.

Selbst die letzten Anhänger des vom konventionellen unabhängigen Biomarktes müssen nun zähneknirschend eingestehen, dass die beiden Märkte eng verwoben sind. So zahlen auch Bio-Weiterverarbeiter nur einen Aufpreis auf den elenden konventionellen Preis für Magermilchpulver. Wer Bio nur als Bereich sieht, in dem kurzfristig Geld verdient werden kann, ist für Biobäuerinnen und -bauern ein schwieriger Partner. Nicht umsonst haben konventionelle Molkereien und die Hohenloher Biolandbauern sich noch auf keine Zusammenarbeit einigen können. Eine Absatzentlastung für Biomilch sehen Marktexperten, wenn sich Gelegenheitskäufer nach der Sommerpause wieder vermehrt für Bioprodukte entscheiden sollten.

Klare Absprachen

Hoffnung auf Transparenz und klare Absprachen zwischen den Biobauern hat einer der Sprecher der Liefergemeinschaft Hohenlohe-Franken Alfred Vogt: „Beim letzten überregionalen Treffen von Biomilch-Liefergemeinschaften waren wir auf den Höfen noch zwischen Silieren und Heumachen eingespannt. Wenn wir das nächste Mal im ruhigeren Herbst zusammenkommen, dann hoffe ich, dass die Sprecher der Bio-Liefergemeinschaften so verhandeln, dass wir uns diesen Biotiefpreis nicht mehr bieten lassen.“ Von 32 Cent je Liter Biomilch können die meisten Bauern auf Dauer nicht überleben. ms



Die Arbeit der Milchproduktion findet bei den gegenwärtigen Milchpreisen kaum eine Honorierung. Foto: Schimpf

sche Molkerei war auf Wachstumskurs: Kooperationen im Nordosten Deutschlands mit der Humana Milchunion und mit einer französischen Molkerei schienen vielversprechend. Die verarbeitete Milchmenge wurde von 70 auf 120 Mio. kg ausgedehnt, 2001 ein Leichtes, da viele große konventionelle Molkereien ihren Biobauern endlich die langerwartete Erfassung und Bezahlung der Biomilch zusagten und Verarbeiter für die Milch suchten.

Überzeugte Bio-Molkerei

Die Hohenloher unterschrieben gerne einen Vertrag mit Scheitz, nach dem Ende der Bioland-Molkerei Mäusdorf endlich wieder eine Möglichkeit, Milch an eine Molkerei zu liefern, die voll und ganz hin-

Seit über 20 Jahren lebe und arbeite ich nun schon hier auf dem Hof, der damals noch den Schwiegereltern gehörte. In dieser Zeit hat sich viel verändert. Damals sagten mir Eltern und Freunde: „Du willst einen Landwirt heiraten? Das bedeutet viel Arbeit, kaum Urlaub und das Einkommen ist auch bescheiden“. Das hat mir alles nichts ausgemacht. Was mich fast zur

Resignation gebracht hat, war der Generationskonflikt. Diese Konflikte haben mich sehr viel Kraft gekostet.

Auf der einen Seite freuen wir uns, dass unser Sohn, nachdem er eine Industriemechanikerlehre gemacht hat, nun doch noch eine Landwirtschaftslehre z.Z. auf einem Fremdbetrieb macht und eventuell den Betrieb übernimmt. Ich mache mir schon jetzt manchmal Gedanken: Wie wird es sein, wenn eine Schwiegertochter ins Haus kommt? Müssen die jungen Leute überhaupt im Haus wohnen, – ist es nicht besser von Anfang an eine räumliche Trennung -. Vor allem klare Absprachen. Ich habe aus meiner Situation gelernt, aber bin ich tolerant genug, um den jungen Leuten, die wieder ganz

andere Erwartungen an das Leben haben, genug Freiraum zu lassen?

Es gibt kaum in einem anderen Bereich soviel Abwechslung wie in der Landwirtschaft mit Direktvermarktung. Vor ca. 14 Jahren waren wir mit die Ersten in der konventionellen Landwirtschaft, die sich mit der Direktvermarktung ein zweites Standbein geschaffen haben. Vom Berufsverband und Berufskollegen damals belächelt, waren nach einigen Jahren alle der Meinung, dass dies richtig war.

Mein Arbeitsgebiet hat sich seitdem immer mehr von draußen ins Haus verlagert. Wir haben einen kleinen Hofladen, der zweimal wöchentlich geöffnet ist. Am Samstag fahre ich mit einem

Verkaufshänger in die nahegelegene Kleinstadt auf den Wochenmarkt. Dazwischen kommen immer wieder Kunden auf den Hof, bei denen es gerade mal auf dem Weg liegt, oder Besuch, der nordhessische Wurst mit nach Hause nehmen will.

Wir bringen unsere Schweine zu einem 15 km entfernten Schlachthof und verarbeiten sie zu Hause zu Hausmacherwurst. Eine Spezialität davon ist die hessische „Ahle Worscht“. Da wir diese noch wie früher ohne Klimakammer bewahren, bedeutet das für mich viel Arbeit. Ständig kontrollieren, ob Temperatur und Luftfeuchtigkeit stimmen, sobald die Wurst anläuft, muss ich sie abwaschen und nach ca. 2 bis 4 Wochen (je nach Jahreszeit) wird sie dann geräuchert.

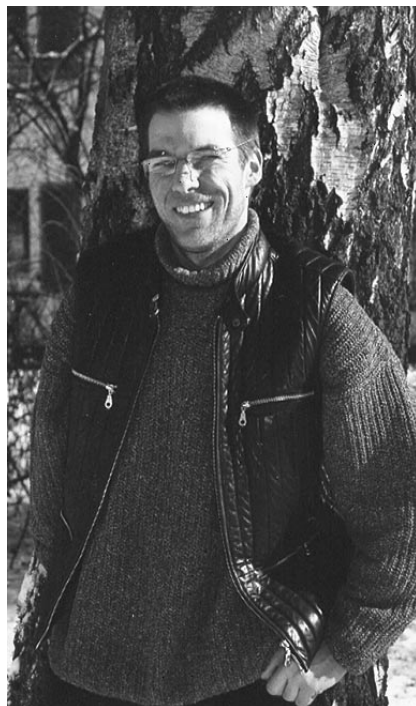
Vor ein paar Jahren fragte ein Kunde, ob wir ihm für einen Geburtstag das Fleisch fertig gegart liefern könnten. Wenig später kam die nächste Anfrage und so entwickelte sich langsam unser Buffetservice, der mittlerweile eine feste Größe in unserer Direktvermarktung ist. Dabei hilft mir außer meinem Mann noch meine Tochter, mein Vater und gelegentlich eine Nachbarin. Ohne Werbung, nur durch Mund zu Mund, liefern wir im Schnitt einmal wöchentlich Essen außer Haus. Da wir ausschließlich nur Fleisch von unseren eigenen Tieren oder von anderen Direktvermarktern verwenden, ist unser Angebot natürlich begrenzt.

Ursula Brede

Betriebsspiegel

Vollerwerbsbetrieb mit Direktvermarktung im nordhessischen Fritzlar
Gesamtfläche 95 ha,
davon 60 ha Pachtland
59 ha Getreide (Weizen, Roggen, Hafer, Gerste);
10 ha Zuckerrüben; 10 ha Raps; 5 ha Erbsen; 5 ha Grünland; 6 ha Stilllegung
120 Mastschweine, 3 Ammenkühe,
3 Kälber, 3 Mastbullen

Nordhessische Ahle Worscht



Hydraulisch klappbar ist sie und fasst 1000 Liter Inhalt. Per Bordcomputer kann ich die Ausbringmenge sowie die einzelnen Teilbreiten einstellen. Einen Zusatzbehälter hat sie auch zum Spülen und einen zum Hände waschen. „Wollen sie auf 21 m gehen“ fragte mich der Landmaschinenhändler und wollte schon nach dem neuen Anhängespritzenkatalog greifen – „na iss ja richtig, der Trend geht eindeutig in die Richtung.“ Ich erklärte sehr kurz in welche Richtung der Trend jetzt für mich geht und spürte erst wieder eine Reaktion als ich mein Interesse an einem Striegel bekundete – doch er musste erst suchen bis er die dementprechende Literatur fand.

Es war ein wunderschöner Tag Ende Juni: Handschuhe an, Schlauch anschließen, Kanister öffnen, Cocktail mixen, unangenehme Düfte einatmen, aufpassen, dass nichts verschüttet wird, und ein schlechtes Gewissen bekommen, wenn's doch passiert. Dass dieser Tag historisch für meinen Betrieb sein sollte, schien niemanden zu interessieren, warum auch?!

Bildlich stellte ich mir nun vor, es würde so eine Art Demo an der Bundesstraße geben – alles so tofugemästete Chaoten, die mich durch Sitzblockade

auf dem Feldweg davon abhalten sollten Mutter Natur zu vergiften. Das wird so kommen prophezeiten Verwandte schon vor zwanzig Jahren. Und ich müsste jetzt mit denen verhandeln: „Ey ich bin einer von Euch und mache das auch nicht gerne, aber das ist das letzte Mal, und es müsste jetzt leider sein.“ Erst als ich durch mühevollen Diskussionen unmissverständlich mein links intellektuelles und schamanistisches Grundverständnis preisgab, würden sie mich durchlassen und sich einen anderen Sünder suchen. Aber nix, alles wie immer, auch keine geistigen Offenbarungen und das blöde Radio funktioniert auch nicht wenn der Bordcomputer an ist!

Die letzte Spritze

Zuhause wartete auch kein netter Pflanzenschutzmittel-Psychologe auf mich, um mit mir nochmals in Ruhe und sachlich die Probleme der ökologischen Landwirtschaft zu erörtern! Statt dessen freute ich mich, (und ich muss das hier leider zugeben) schamanistisches Grundverständnis hin oder her, Tage später gelbe absterbende Pflanzen zu sehen – das „breite Wirkungsspektrum“ wirkt gut nach – auch in den Köpfen!

Der erfolgreiche Wachstumskollege vor Ort bescheinigte mir, ich würde so und so eines Tages wieder zu spritzen anfangen, um dem Unkraut Herr zu werden! Jedenfalls habe ich dem jetzt

Betriebsspiegel:

Umstellungsbetrieb
mit 15 ha Sommergerste, 36 ha Winterweizen, 7 ha Erbsen, 6 ha Ackerbohnen, 25 ha Triticale, 8 ha Stilllegung mit Rotklee gras und 2,8 ha Dauerbrache, viehlos in Südniedersachsen

billig meine letzten halbvollen Kanister untergejubelt.

Mischen tue ich jetzt lieber Zwischenfrüchte ohne Handschuhe und schlechtes Gewissen – diese beim Aufgehen zu beobachten, ist vielleicht ist schon eher etwas Besonderes.

Arndt Berner

Getreide-Betrug

Auf umfangreiche Umdeklaration von konventionellem zu Ökogetreide hat das Magazin „Monitor“ aufmerksam gemacht. Mit Bezug auf aktuelle Prozesse gegen Fälscher in Erfurt und in Südwestdeutschland (50.000 t bzw. 28.000t) schätzten befragte Experten den Umfang von konventionellem Getreide im Ökosektor auf 10 bis zu 30 Prozent. Der Bio-Müller Dr. Bernd Nagel-Held (Eickernmühle) forderte scharfe Maßnahmen, weil durch Dumpingangebote aus konventionellem Anbau bzw. aus Importen die ehrlichen Ökos vom Markt verdrängt würden. en

Zucker-Betrug?

Der westdeutsche Zuckerkonzern Pfeifer & Langen soll in den letzten Jahren 40 Mio Euro an Steuern hinterzogen haben. Wie der Kölner Express meldet, hat der europaweit tätige Konzern weitaus mehr Zucker produziert als angegeben. Die Geschäftsführung begründete dies u.a. mit der „komplizierten Zuckermarktordnung“. Die Staatsanwaltschaft ermittelt. pm

Preisdictat bei Getreide?

Von mutmaßlichen Niedrigpreis-Absprachen des Landhandels für Getreide berichtet der Kreisbauernverband Havelland/Brandenburg. Für Gerste würden mit 7,50 Euro/t wesentlich niedrigere Preise geboten als in anderen deutschen Regionen, manche Händler wollten Roggen gar nicht mehr abnehmen. Gleichzeitig zu diesem „Preisdictat“ würden die Qualitätsparameter bei Getreide individuell hochgesetzt. en

Sättigungsbeilage?



Die Sortenvielfalt bei Speisekartoffeln im deutschen Handel ist gegenüber Ländern wie Frankreich deutlich geringer, ebenso die Sachkunde des Verkaufspersonals. Das hat der Kartoffelzüchter Walter (Norika) festgestellt. Der Gastronomie-Kenner Wolfram Siebeck formulierte es so: „Wahrscheinlich ist es heute einfacher, ein italienisches oder französisches Spitzenöl zu kaufen als eine ebenbürtig erstklassige Kartoffel aus deutschem Acker.“ pm

Handel verdirbt sich die Preise

Nach der Euro- (Teuro!) Umstellung versucht der Lebensmitteleinzelhandel (LEH) dem zunehmenden Konsumverzicht mit Angebotswerbung zu begegnen. Dabei setzt der LEH bewusst auf Niedrigpreisaktionen statt auf Vermittlung von Qualität. Eine Studie kommt nun zu dem Schluss, dass der Konsum trotzdem nicht steigen wird, da die Verbraucher ihren täglichen Bedarf mit Promotionsartikeln decken können. Kurz: Der Handel könnte sich mit seinen kurzfristigen Aktionen das Geschäft auf Dauer verderben. pm

Löblein insolvent

Gegen den Fleischkonzern Löblein ist wegen Überschuldung ein Insolvenzverfahren beantragt worden. Der bisherige Gesellschafter Hans Löblein verlor nach dem Willen der Banken die Geschäftsleitung und seinen Einfluss. Der frühere Südfleisch-Manager hatte nach der deutschen Einigung im Osten zahlreiche Schlachtbetriebe aufgekauft, u.a. nach dem Konkurs des Fleischkonzerns Annuß. In Thüringen betreibt Löblein zudem 3.600 Zuchtsauen- und 18.000 Mastplätze. Insgesamt kam der Konzern zeitweise auf 1 Mrd. DM Jahresumsatz. Angeblich gibt es bereits Kaufinteressenten für den Schlachthof Teterow und die Schweine-Anlagen. en

Dekra lehnt QS ab, Handel warnt

Landwirte sind skeptisch – so das Ergebnis einer Internetumfrage der dlz zum QS-Qualitätssicherungs-System, eilig vorangetrieben von Futtermittel- und Schlachtbranche und Bauernverband. Nur 15 Prozent der Bauern erwartet demnach bessere Absatzchancen, sehr viele allenfalls Nachteile bei einer Nichtteilnahme. Während die Bauern massiv zur Teilnahme gedrängt werden, sind viele Fragen offen, die leider in den bauernverbandseigenen Wochenblättern nur unzureichend behandelt werden. Wichtig sind z.B. folgende Informationen:

Nicht nachvollziehbar

Die Dekra-ITS Zertifizierung Services GmbH, Stuttgart, lehnt das QS-System ab und hat die Zulassung als Zertifizierungsgesellschaft zurückgezogen. Das QS-Zeichen mache keinen Sinn, weil nur die Sicherheit des Produktionsprozesses dokumentiert werde. Die Produkte würden nicht geprüft, obwohl QS ein Produktsiegel sein solle. Laut „Ernährungsdienst“ bevorzugt Dekra weitergehende Managementsysteme wie ISO 9001 oder HACCP, welche die Unternehmen und nicht die Produkte zertifizieren. Kritisiert wird auch das Zulassungsverfahren für die Zertifizierer: Die Kompetenz für den Futtermittelbereich sei z.T. nicht nachvollziehbar.

Einstieg erneut verschoben

Parallel dazu kam es laut Lebensmittelzeitung zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Gesellschaftern der QS

GmbH: während Raiffeisenverband, Bauernverband, Fleischwirtschaft und CMA für einen QS-Start im Herbst plädierten, wollte die Handelsketten (vertreten durch Tengelmann) auf Nummer Sicher gehen und das QS-Projekt zunächst bis Jahresende im Probelauf testen: „Zu groß sei die Gefahr, dass Anlaufschwierigkeiten das Prüfsiegel beschädigten und die gegenwärtige Diskussion um Nitrofen und Nitrofurant auf das QS-Projekt durchschlage“, heißt es bei der Handelsvereinigung HfM. Unklar ist auch die Umsetzung des Ziels der Salmonellenfreiheit des Fleisches. Einige Schlachtunternehmen haben entgegen vorherigen Ankündigungen nun doch den Einstieg in QS verschoben. So hat das Schlachtunternehmen Tönnies den Bauern mitgeteilt, dass es entgegen seiner Ankündigung doch nicht mit Zuschlägen für QS-zertifizierte Tiere zum 15. Juli beginnen werde. Begründet wird der Schritt auch mit mangelndem Interesse des Handels an der Ware. So gebe es noch nicht mal ein Zeichen für QS-Ware im Lebensmittelhandel.

Unsichere Zuschläge

Nachdem einige Schlachtunternehmen zukünftigen QS-Mästern zunächst ein bis zwei Cent Preisaufschlag in Aussicht gestellt hatten, wurde jetzt bekannt, dass diese eventuellen Aufschläge finanziert würden durch Preisabschläge auf Nicht-QS-Schweine. Auch hinsichtlich der Höhe der QS-Gebühren gibt es weiterhin Unsicherheit. pm

Dänen bauen „Superschlachthof“

Nach der Fusion mit Steff-Houlberg will sich der größte dänische Schlachtereikonzern, Danish Crown, mit einem Umsatz von rund 5,7 Mrd. Euro, durch Verbesserung seiner Strukturen Wettbewerbsvorteile auf dem internationalen Markt verschaffen. Kürzlich erfolgte der erste Spatenstich für einen neuen Schlachthof auf dem dänischen Festland in Horsens, der nach seiner Fertigstellung in zwei Jahren der modernste Schweineschlachthof der Welt sein soll, bei einer Investitionssumme von fast 270 Mio Euro und 1.370 geplanten Mitarbeitern. Damit wird erstmals seit 25 Jahren wieder ein neuer Schlachthof in Dänemark gebaut. Über den Neubau hinaus sieht Danish Crown Erweiterungen seiner Anlagen in Holstebro und Grindsted vor, während in Blans und Saaby bereits Aufstockungen stattgefunden haben. Stillgelegt werden sollen die Schlachthöfe in Lemvig und Struer sowie die alte Anlage in Horsens.

In der neuen Anlage sollen wöchentlich 75.000 Schweine geschlachtet und zerlegt werden, was bei Vollausslastung und ganzjähriger Produktion 3,9 Mio. Schweinen im Jahr entspricht.

Fusion in Deutschland geplant

In Deutschland schlachtete die Westfleisch in ihren vier Betrieben im vergangenen Jahr rund 3,7 Mio, die Nordfleisch 5,3 Mio. Schweine. Angesichts der strukturellen Veränderungen bei den Fleischvermarktern in Dänemark und auch den Niederlanden will Westfleisch nun mit Nordfleisch fusionieren. Zuvor muss aber das Bundeskartellamt seinen Segen geben. Angestrebt wird eine neue operative Holding mit dem Arbeitstitel „Premium Nordwestfleisch“, die Betriebe der beiden Fusionspartner pachten und das Geschäft ab Anfang 2003 betreiben soll. Die Altgesellschaften bleiben bestehen. pm

Unter den bundesweit 18 Modellregionen fällt das Ruhrgebiet als größter europäischer Ballungsraum etwas aus dem Rahmen im Vergleich zu Ostfriesland, Mecklenburgische Seenplatte oder Chiemgau. In dem Konzept der Region taucht mehrfach der Begriff der „virtuellen Landwirtschaft“ im Ruhrgebiet auf. Was kann man sich darunter vorstellen?

Owohl eine bäuerlich strukturierte Landwirtschaft im östlichen Revier, das ist das Städtedreieck Dortmund, Unna, Hamm, noch fast 50 % der Fläche bewirtschaftet, geschieht dies doch eher im Verborgenen. Äcker und Grünland dienen vielmehr als Kulisse für die Naherholung, als städtische Flächenreserve für Siedlungsbau oder Naturschutz. Hier sind Konflikte schon vorprogrammiert. Im Bewusstsein der Städter erscheint Landwirtschaft als produzierendes Gewerbe eher virtuell. Andererseits kennen ganz viele Landwirte den regionalen Markt nicht wirklich. Produziert wird für überregionale „Welt“märkte ohne Bezug. Dabei leben mit 1,2 Mio. Einwohnern in der Region genügend Konsumenten quasi direkt vor dem Hofter.

Und dieser Markt vor Ort ist noch nicht erschlossen worden?

Sicherlich gibt es bereits Direktvermarktung. Die Kammer spricht sogar von 10 % der Betriebe. Aber die großen Chancen, die in dieser Nähe zum Verbraucher liegen, werden aus meiner Sicht bisher nicht genutzt. So haben die Politiker auf der Regionalkonferenz erst kürzlich den Beschluss gefasst, Regionalvermarktung als Entwicklungsschwerpunkt aufzunehmen. Vor ein paar Jahren war Landwirtschaft gar nicht im Bewusstsein! Rein rechnerisch ließe sich der Konsumbedarf der Region nur zu 10 % aus der Region decken, selbst wenn wir alles hier verkaufen würden. Wir liegen heute bei vielleicht 0,5% bewußter Versorgung aus der Region. Dabei verläuft der Strukturwandel hier ebenso drastisch wie z.B. im angrenzenden Münsterland. Laut Prognosen werden bei weiterem Wachsen oder Weichen in 15 Jahren von 1.200 Betrieben nur 400 übrig sein. Alternativen zur Weltmarktorientierung sind hier also dringend nötig, aber auch vorhanden.

Es gibt in der Region bereits einige

Der Pott kocht regional

Ländliche Entwicklung im östlichen Ruhrgebiet, das scheint zunächst ein Widerspruch in sich. Wir sprachen mit Hugo Gödde, Geschäftsführer im Modellprojekt „Regionen aktiv“ über die Initiative vor Ort und den Wettbewerb ganz allgemein.

sehr erfolgreiche Projekte zur Regionalvermarktung.

Ja, da hat sich das Umweltzentrum Westfalen in Bergkamen mit der Ökologiestation seit gut acht Jahren quasi zu einer Keimzelle entwickelt mit dem Neuland-Zerlegebetrieb, dem Streuobstsaft der Naturfördergesellschaft und der Kartoffelvermarktung „UNsere Knolle“ im Kreis Unna, für die inzwischen auch ein Schälbetrieb aufgebaut worden ist (vgl. BS 1/2002, S. 11 u. BS 2/1999, S. 11). Diese beispielhaften Projekte waren sicherlich ein wichtiger Grund, warum unsere Region an „Regionen aktiv“ teilnimmt. Wir fangen also nicht ganz neu an, sondern wollen z.B. mit 200 geplanten regionalen Verkaufsstellen nun durchstarten. Unser Ziel ist, daß der Pott nicht nur wegen Fußball kocht, und zwar regional.

Im Konzept versteht sich die Modellregion als „Beitrag für die Wende in der Agrarwirtschaft“. Interessanterweise gibt es kaum Projekte speziell zum ökologischen Landbau.

Wende in der Agrarwirtschaft heißt ja nicht allein Ökolandbau. Es mag vielleicht erstaunen, aber der Anteil ökologisch wirtschaftender Betriebe ist hier am Ballungsrand unterdurchschnitt-



Foto: Erdmanski-Sasse

lich niedrig. Trotz aller Sympathie für den Ökolandbau versuchen wir sozusagen einen dritten, d.h. bäuerlichen Weg zu gehen zwischen den üblichen Denkmustern von öko und konventionell. Dazu kommt, dass wir ein breites gesellschaftliches Bündnis eingegangen sind von Natur-, Tierschutz, Verbraucherverband über Kirche, Kommunen bis zu Bildungsinstitutionen, Kammer, Bioland und AbL. Aber den

Bauernverband haben wir auch ins Boot geholt, nachdem er anfangs eine Konkurrenzbewerbung eingereicht hatte. Sie können sich vorstellen, dass die Integration der vielfältigen Interessen nicht immer einfach ist.

Und was steht jetzt konkret an?

Nachdem die Entscheidung für unsere Region im März 2002 gefallen ist, haben wir erstmal formelle Strukturen geschaffen und den Verein „Solidargemeinschaft zur Förderung der Stadt-Land-Beziehungen im östlichen Ruhrgebiet“ gegründet, dem z.Zt. 70 Mitglieder angehören, die das breite gesellschaftliche Spektrum wiedergeben. Darunter waren von Beginn an auch viele Bäuerinnen und Bauern. Wie in den anderen Modellregionen haben wir die Schwerpunkte: Vermarktung, Energie, Tourismus, Bildung und Qualifizierung sowie Naturschutz. Die Arbeit zu den einzelnen Themen in Foren ist bereits angegangen. Erste Projekte sind beschlossen, weitere Anträge müssen gesichtet werden. Aber wir wollen neben der Arbeit an konkreten Projekten auch immer die generelle Strategie vermitteln. So soll z.B. ein Hofmarkt nicht für sich, sondern auch als Teil eines ganzen Konzeptes verstanden werden. Dazu planen wir nun Workshops, um Netzwerke zwischen den einzelnen Arbeitsgruppen zu knüpfen und dadurch weitere positive Wirkungen zu erzielen.

Sie haben ja durch Ihre bisherigen Projekte schon zahlreiche Erfahrungen sammeln können. Wie beurteilen Sie denn die Förderung bei „Regionen aktiv“?

Die ist schon kompliziert, denn wir müssen zuerst immer sämtliche vorhandenen Förderprogramme abklopfen, und die sind gerade im Bereich Landwirtschaft sehr zahlreich. Denn es darf nichts aus dem Topf „Regionen aktiv“ gefördert werden, wofür es bereits ein Landes-, Bundes- oder sonstiges Programm gibt. Da wir diese Prüfung selber machen müssen, bindet das natürlich erst mal Kapazitäten. Andererseits bietet „Regionen aktiv“ neue,

ungewöhnliche Möglichkeiten, was die Breite und Höhe der Förderung betrifft. Werden bei bisherigen Programmen vorwiegend Investitionen und Organisation gefördert, legt man bei „Regionen aktiv“ viel Wert auf Information, Konzepte und Beratung. Und das war ja bisher immer ein großes Problem für neue Projekte, dass gerade in der Entstehungsphase die Schlüsselpersonen, die das Projekt vorantreiben,

und deren aufwendige Arbeit meist nicht bezahlbar waren. Hier bietet „Regionen aktiv“ nun ganz neue Möglichkeiten.

Bei dem Vergleich der 18 Modellregionen fällt auf, dass sich die Projekte doch sehr ähnlich sind.

Nun, der integrative Ansatz von „Regionen

aktiv“, d.h. gefordert wird ein breites gesellschaftliches Bündnis, setzt die Konsensbildung voraus, d.h. man einigt sich oft auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. „Regionen aktiv“ ist kein Programm für Pionierleistungen. So etwas wie das Neuland-Programm für eine artgerechte, bäuerliche Tierhaltung wäre sicher nicht dabei herausgekommen. Aber trotzdem hat der Ansatz von „Regionen aktiv“ seine Berechtigung, z.B. um artgerechte Tierhaltung oder regionale Vermarktung zu verbreiten. Strukturen müssen eben in jeder Region wieder neu aufgebaut werden. So lernen wir z.B. vom „Brucker Land“, der Regionalvermarktungsinitiative im Münchner Umland und hoffentlich von anderen Modellregionen. Aber das lässt sich eben nicht Eins zu Eins ins Ruhrgebiet übertragen.

Und wie sehen Sie die Zukunft des Bundswettbewerbs im Hinblick auf einen möglichen Regierungswechsel nach der Wahl?

Also erst mal ist „Regionen aktiv“ ein Programm zur Entwicklung ländlicher Räume und damit nicht direkt an eine bestimmte Regierung gebunden. Denn dieses Thema wird hinsichtlich der fortschreitenden Globalisierung zunehmend an Bedeutung gewinnen. Aber der Verdienst, dieses Modellprojekt überhaupt auf die Beine gebracht zu haben und damit neue Fördermöglichkeiten für Landwirtschaft, Regionalvermarktung usw. auszuloten, dieser Verdienst gebührt schon der jetzigen Regierung.

Vielen Dank für das Gespräch. we



Hugo Gödde

Die agrarpolitische Großwetterlage

Eine Standortbestimmung zur Bedeutung von Agrarpolitik in der Gesellschaft und von Gesellschaft für die Landwirtschaft

Die letzte große bundesweite Bauerndemonstration in Deutschland ist drei Jahre her. Am 26. Oktober 1999 ging es vor dem Brandenburger Tor um Kürzungen der Agrardieselbeihilfe und andere Bestandteile des rot-grünen Sparpaketes. Die AbL war mit dabei,



Einflussreiche Männerriege der Agrarpolitik (v.l.): Staatssekretär Gerald Thalheim, Staatsminister für den Aufbau Ost Rolf Schwanitz, Agrarausschuss-Vorsitzender Peter Harry Carstensen, DBV-Präsident Gerd Sonnleitner.
Fotos: Jasper

auch wenn der Deutsche Bauernverband (DBV) zum Teil deutlich andere Konzepte vertrat. Diese Demonstration war das zweite Ereignis, bei dem der damalige Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke seine Kanzler-Mission nicht erfüllen konnte, nämlich bei den Bauern für Ruhe zu sorgen.

Zuvor war es der Bauerntag in Cottbus, wo Kanzler Gerhard Schröder für die Ergebnisse der Agenda 2000 unwirsch beschimpft und ausgepöffelt wurde, auch wenn der DBV heute nicht müde wird, dieselben Beschlüsse zu loben und zu verteidigen.

Wer derzeit die Leitartikel in den Wochenblättern liest, muss sich wundern, dass der darin offen vorgetragene Wahlkampf nicht in Demonstrationen mündet. An der Parteilichkeit wird es nicht liegen. Der DBV setzt offen alles auf die Karte Carstensen. Es muss an der Einschätzung liegen, dass die Öffentlichkeit für Demonstrationen des DBV noch immer kein Verständnis zeigen würde. Der Schuss ginge nach hinten los und würde der zum Hauptfeind erkorenen Renate Künast womöglich mehr helfen als schaden. Die Ministerin hat mehr Rückhalt in Gesellschaft und Medien als die Bauernverbands-spitze (die nicht gleich zu setzen ist mit den Bauern und Bäuerinnen).

Vertrauenskrise hält an

Nicht Bauern und Bäuerinnen, wohl aber die Präsidialen des Bauernverbandes haben in weiten Teilen der Verbraucherschaft ihre Glaubwürdigkeit verlo-

ren. Das Rindfleisch schmeckt den Menschen zwar wieder, aber den Reden von Sonnleitner, Niemeyer oder Möllers mögen sie nicht mehr trauen. Mit deren langjährigen Beschwichtigungen der Vergangenheit, es gäbe keine BSE-Gefahr, haben diese Herren den Verband in die gesellschaftliche Schmutzdecke geführt, aus der nur mühsam wieder herauszukommen ist. Das wird umso schwerer, je stärker und länger den gesellschaftlichen Erwartungen nach mehr Umwelt- und Tierschutz und sozialer Gerechtigkeit widersprochen wird. Auch aus dieser Hilflosigkeit heraus setzt der DBV alles auf eine Karte,

ohne so recht zu wissen, was werden soll, wenn die Karte nicht sticht. Und all das in einer Situation, wo in Brüssel an einer Reform der europäischen Agrarpolitik gearbeitet wird und ein Agrarkommissar der Gesellschaft



Berlin im Oktober 1999: AbL und Bauernverband demonstrierten gegen das Sparpaket.

signalisiert: „Wir haben verstanden“, wie einst Mercedes Benz nach dem gescheiterten Elchtest.

Entwicklung von Rot-Grün

Ein Rückblick auf die Anfangsjahre von Rot-Grün macht deutlich, wo der Unterschied liegt. Auch damals gab es eine Reformdiskussion zur EU-Agrarpolitik. 1997 hatte die EU-Kommission ein Papier vorgelegt, das neben der verfehlten Weltmarktausrichtung durchaus positive Vorschläge enthielt: Bei den Direktzahlungen sollte eine be-

triebliche Obergrenze und auf nationaler Ebene eine weitere Staffelung eingeführt werden. Zudem sollten die Prämien an die Einhaltung ökologischer Mindeststandards geknüpft werden. Die prämiensbedingte Benachteiligung von Grünland gegenüber Silomais sollte durch Abschaffung der Silomaisprämie aufgehoben werden.

Bis zum März 1998, als die Kommission konkretere Ausgestaltungsvorschläge vorlegte, hatte bereits der damalige Minister Jochen Borchert vorgearbeitet, so dass z.B. die Abschaffung der Silomaisprämie nicht mehr im Kommissionsvorschlag stand. Auch nach dem Regierungswechsel im Herbst 1998 änderte sich die deutsche Haltung nicht; Funke und das Ministerium führten in Brüssel Borcherts Politik fort. Entsprechend ausgefallen sind dann die Berliner Beschlüsse zur Agenda 2000 im März 1999. Die Staffelung der Direktzahlungen, für die sich Funke vor seiner Amtszeit gerne ausgesprochen hatte, war ganz vom Tisch und in die Schubladen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten gelegt worden, ebenso die Bindung an Umweltstandards. Die Öffentlichkeit nahm das nicht oder nur stillschweigend zur Kenntnis. Auch die Weigerung der rot-grünen Bundesregierung, die nationalen Spielräume zu Modulation und „cross compliance“ zu nutzen, sorgten nicht für öffentlichen Unmut. Wer wollte schon in die Tiefen der Agrarpolitik einsteigen. Der DBV konnte Einfluss nehmen wie eh und je und mit „Erfolg“.

Auch bei der Demonstration gegen das Sparpaket der Bundesregierung im Herbst 1999 konnte der DBV sicher sein, von der Gesellschaft noch verstanden zu werden, schließlich gab es gegen das Paket Widerstand von allen Seiten. Von einem Wirtschaftsverband erwartet man Kampf ums Geld. Das Verständnis endete aber abrupt, als der erste originär deutsche BSE-Fall bekannt wurde. Da ging es um viel mehr als um Geld. Das Vertrauen in die Lebensmittelsicherheit war zerbrochen, und genauso das Vertrauen in die Reden „der Politiker“ und der

Agrarlobby.

Wendepunkt BSE

Der smart wirkende Sonnleitner fraß Kreide und gab sich in den Talkrunden reumütig, doch es half alles nichts mehr. Der Kredit war verspielt, die Gläubiger fürchteten um ihre Gesundheit. Wie rational auch immer – sie liebten Rindfleisch liegen und griffen zu Schwein und Pute. Die Medien gingen der Agrarlobby auf den Grund, den Verstrickungen von Agrarwirtschaft und Agrarpolitik, von Bauernverband und Futtermittelwirtschaft.

Die Regierungen reagierten mit Ministerwechseln: Gesundheitsministerin Andrea Fischer und Landwirtschaftsminister Funke mussten gehen ebenso wie die bayerische Gesundheitsministerin Barbara Stamm. Und es kam Renate Künast ins Kabinett, auf die Bildschirme und unter die „top ten“ der beliebtesten Politiker/-innen. Vor allem aus ihrer Distanz zur Agrarlobby und zum Fachlichen und wegen ihres standhaften Auftretens gewannen die Menschen Zuversicht, dass nun wohl durchgegriffen werde.

Nach einigen Wochen wuchs das Vertrauen, und der Rindfleischkonsum stieg wieder an. Doch die Verbandsfunktionäre des DBV kamen, bis heute, in der Öffentlichkeit aus der Defensive nicht heraus. Auch die verheerenden Bilder von der Maul- und Klauenseuche in England sowie die Skandale um Nitrofen und MPA haben eher den Politikansatz von Ministerin Künast unterstützt als den der Agrarlobby. Aber weniger aus den Skandalen an sich lässt sich politische Kraft schöpfen, sondern vielmehr aus dem Vertrauen der Bevölkerung, den Ursachen der Krisen stärker zu Leibe zu rücken, als es der Agrarwirtschaft selbst zugetraut wird.

Macht der Öffentlichkeit

Ihre einzige Chance sieht die alte Agrarlobby deshalb darin, Agrarpolitik wieder aus dem gesellschaftlichen Blickfeld herauszuholen, denn sobald inhaltliche Fragen öffentlich diskutiert werden, schwingt diese Vertrauenslage mit. Andersherum ist die allgemeine Stimmungslage noch kein Garant dafür, dass auch soziale, ökologische und tierethische Belange ausreichend Berücksichtigung finden. Denn nicht alles lässt sich so übersetzen, dass eine breitere Öffentlichkeit versteht, worum es geht und dann mitreden kann. Demokratie ist anstrengend – oder eine dauernde anspruchsvolle Herausforderung. uj

AbL-Vorstand begrüßt Reform

Fischler-Vorschläge bestätigen grundsätzlich AbL-Forderungen, auch wenn Verbesserungen notwendig sind

Der AbL-Bundesvorstand hat auf seiner Vorstandssitzung Ende August den Reformwillen der EU-Kommission und wesentliche Teile der Vorschläge zur Halbzeitbilanz begrüßt. Das betreffe z.B. die Absicht, die Prämien auf Dauer nicht mehr vom Produktionsumfang abhängig zu machen, sondern stärker von der Art der Produktion. „Damit geht EU-Kommissar Fischler auf den AbL-Vorschlag einer

eine Kernforderung der AbL aufgenommen, auch wenn die konkrete Ausgestaltung anders ausfallen sollte. Allerdings seien die Freibeträge je Arbeitskraft, die von der Modulationskürzung bzw. von der Kappung ausgenommen werden sollen, mit 3.000 EUR zu niedrig angesetzt. „Kommissar Fischler hat hier Gesprächsbereitschaft signalisiert“, so Graefe zu Baringdorf. Es sei allerdings in der Debatte die Position

derer nicht zu unterschätzen, die lieber eine lineare Kürzung ohne Kappungsgrenze und ohne Freibeträge verfolgten. Bei einer linearen Kürzung bliebe aber die Benachteiligung der bäuerlichen Betriebe gegenüber den rationalisierten Betrieben bestehen. „Dann bekommen die bäuerlichen Betriebe weiterhin nur ein Zehntel dessen, was rationalisierte Betriebe aus Brüssel ziehen“, so der AbL-Vorsitzende.



Die Chance besteht, dass Kostenvorteile rationalisierter Betriebe bei den Prämien nicht mehr unberücksichtigt bleiben. Foto: Eisenberg

einheitlichen Grundprämie zu“, so der AbL-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf. Das Ziel der Grundprämie sei wichtig, um die prämiendebingte Benachteiligung z.B. des Grünlandes gegenüber dem Silomais abzubauen. Der Vorschlag der Kommission bleibe hier aber noch auf halbem Wege stehen, denn statt die Prämien EU-weit oder auf Landesebene auf die Fläche umzulegen, wolle die Kommission die Umwidmung nur auf betrieblicher Ebene.

Dass die Kommission damit großen Umverteilungskämpfen zwischen den EU-Staaten und auch innerhalb der Länder aus dem Weg gehen wolle, sei verständlich, aber bringe eben für die Grünlandregionen, die bisher schon leer ausgegangen sind, keine Verbesserung, kritisierte die AbL-Bundesvorsitzende Maria Heubuch.

Der Vorstand fordert deshalb hier Ergänzungen. Zumindest sei die Umwidmung der Rinderprämien auf jene Betriebe zu beschränken, die auch Grünland nachweisen könnten. Zudem müsse in der 2. Säule obligatorisch eine einkommenswirksame Grünlandprämie angeboten werden.

Faktor Arbeit stärken

Besonders erfreut zeigte sich der AbL-Vorstand darüber, dass Kommissar Fischler den Faktor Arbeit in die Berechnung der Prämien einbeziehen wolle. Damit werde

den Interventionspreis für Getreide um weitere 5 % senken zu wollen. „Der Preis von 9 Euro je Doppelzentner hat mit den Produktionskosten ohnehin schon nichts mehr zu tun. Was soll da eine weitere Preissenkung?“, fragte Graefe zu Baringdorf. Es sei ehrlicher von der Kommission statt dessen ehrlich zu sagen, dass sie aus der Intervention ganz aussteigen wolle. Denn so werde nur das falsche Signal gegeben, dass der Getreidepreis noch weiter fallen könne. Kritisiert wurde auch der Vorschlag der Kommission, die heutige Flächenstilllegung verpflichtend in eine 10-jährige Dauerbrache umzuwandeln. Davon würden die benachteiligt, die die Flächenstilllegung als Bodengesundungsfrucht durch die Fruchtfolge ziehen. Besonders betreffe das die Biobetriebe, denen die EU seit zwei Jahren ermögliche, Klee gras von Stilllegungsflächen zu ernten und zu verfüttern. Das soll nun ebenso untersagt werden wie der Anbau nachwachsender Rohstoffe auf Stilllegungsflächen. Hier müsse die Kommission ihre Vorschläge revidieren, so die AbL.

Doch all das sei kein Grund, am Alten festzuhalten und eine Überarbeitung der Agenda 2000 abzulehnen. Vielmehr müsse die Chance genutzt werden, die Benachteiligungen von bäuerlichen Betrieben abzubauen und umwelt- und tierverschträgliche Wirtschaftsweisen zu honorieren.

uj

Die Reform-Vorschläge der EU-Kommission

Enkopplung von Tier- und Flächenprämien

Nach der Agenda 2000 werden heute Flächenprämien für den Anbau bestimmter Kulturpflanzen (v.a. Getreide, Ölsaaten, Eiweißpflanzen) und für Flächenstilllegung sowie Tierprämien für Rinder, Schafe und Ziegen gezahlt. Die Zahlung erfolgt pro Hektar Fläche bzw. pro Tier. Das will die EU-Kommission im Prinzip ändern. Die „Entkopplung“ sieht vor, die meisten dieser Zahlungen, die ein Betrieb in einem Referenzzeitraum erhält bzw. erhalten hat, in Zukunft auf den Gesamtbetrieb umzulegen und unabhängig davon zu zahlen, was angebaut wird bzw. ob und welche Tiere gehalten werden. Die Betriebsprämie kann bei Flächenverkauf/verpachtung in Zahlungsansprüche pro Fläche geteilt und somit teilweise mit übertragen werden. Auch die ab 2005 vorgesehene Milchprämie soll in die Betriebsprämie einfließen.

„Dynamische“ Modulation

Die „entkoppelten“ Prämien sollen einer dynamischen (d.h. anwachsenden) Modulation unterzogen werden. Im Jahr 2004 sollen 3 % der Prämien (steigend auf 20 % im Jahr 2010) auf Betriebsebene gekürzt werden, wobei ein Freibetrag von 5.000 Euro pro Betrieb (bzw. für 2 Voll-Arbeitskräfte) von der Kürzung ausgenommen bleiben soll. Die Mitgliedstaaten sollen darüber hinaus die Möglichkeit erhalten, einen weiteren Freibetrag von bis zu 3.000 Euro pro Voll-AK einzuführen. Die einbehaltenen Mittel sollen in Maßnahmen der 2. Säule fließen, wobei sie von Brüssel aus auf die EU-Länder neu aufgeteilt werden, und zwar nach einem neu zu entwickelnden Schlüssel in Abhängigkeit u.a. von dem „Wohlstandsniveau“ der EU-Staaten.

Kappungsgrenze (Obergrenze)

Die Prämien aus der 1. Säule (also nicht z.B. aus Extensivierungs- oder Ökolandbauförderung) sollen nach Abzug der Freibeträge bei 300.000 Euro gekappt werden. Die Freibeträge entsprechend der im Betrieb beschäftigten Arbeitskräfte kommen also ggf. hinzu. Die Mittel aus der Kappung verbleiben im jeweiligen EU-Mitgliedstaat und können dort für Maßnahmen der 2. Säule eingesetzt werden. In sog. Ziel 1-Gebieten (In D: Neue Länder) ist die Verwendung allerdings eingeschränkt auf: Agrarumweltmaßnahmen, Ausgleichszulage (benachteiligte Gebiete), Aufforstung, Vorruhestand sowie (neu) Qualitätserzeugung, Qualitätssicherung, Tierschutz und Einführung betriebsbezogener Audits (Prüfsysteme).

Cross Compliance (Bindung an Auflagen)

Die „entkoppelten“ Betriebszahlungen sollen nur dann noch in voller Höhe ausgezahlt werden, wenn die Betriebe gesetzliche Standards des Umwelt-, Tierschutzes und der Lebensmittel- sowie der Betriebssicherheit einhalten. Für diese Standards will die EU-Kommission einen EU-weit gültigen Rahmen (der guten fachlichen Praxis) erarbeiten. Die „Straf-Kürzungen“ sollen im Verhältnis zum Schaden bzw. Risiko stehen. Als Bedingung zum Prämienerhalt soll die Pflicht zur 10-jährigen Stilllegung von 10 % der Betriebsfläche eingeführt werden und damit die bisherige Stilllegungspflicht (10 % der förderfähigen Ackerfläche) ersetzen. Der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen oder die Nutzung von Klee gras auf Stilllegungsflächen (nur im Ökolandbau bisher erlaubt) soll untersagt werden.

Getreide

Der Interventionspreis (staatlicher Aufkauf und Lagerung) von Getreide soll um weitere 5 % gesenkt werden. Die Preissenkung soll zur Hälfte als Flächenprämie ausgeglichen werden. Zudem sollen monatliche Zuschläge wegfallen. Die Roggenintervention soll ganz gestrichen werden.

Eiweißpflanzen

Die bisherige Grundprämie (Flächenprämie) für Eiweißpflanzen soll entkoppelt werden. Damit würde der Anbau von Eiweißpflanzen wirtschaftlich uninteressant gegenüber Marktfrüchten. Deshalb sieht die Kommission eine Zusatzprämie („produktbezogene pauschale Flächenprämie“) von 55,57 Euro/ha Eiweißpflanzen vor (die allgemein aber als zu gering angesehen wird). Diese Flächenprämie wird nicht auf den Gesamtbetrieb umgelegt, sondern wie bisher pro Fläche gezahlt.

Politik für bäuerliche Betriebe

Vorschläge der EU-Kommission vermindern Wettbewerbsverzerrungen zugunsten kleiner und mittlerer Betriebe

Die Halbzeitbewertung der EU-Kommission zur Agenda 2000 hat in Deutschland viel Widerstand hervorgerufen. Dabei kann die Mehrheit der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland, besonders die kleinen und mittleren Betriebe, durch verminderte Wettbewerbsverzerrungen davon profitieren, wie folgende Berechnungen belegen.

Die Wirkung der umstrittensten Punkte des Kommissionspapiers – die Einführung der obligatorischen Modulation von 20 % der Prämien aus der 1. Säule sowie die Obergrenze von 300.000 € pro Betrieb – werden anhand von sechs Betrieben in Deutschland beispielhaft durchgerechnet. Die Betriebsdaten stammen aus eigener Erhebung. Den Berechnungen wurden Prämien laut Agrarbericht der Bundesregierung von 2002 zugrunde gelegt. Das sind im einzelnen: eine einheitliche Flächenprämie von 350 €/ha, Schlachtpremien in Höhe von 70 €/Kalb bzw. 100 €/Rind sowie 210 €

sonen beschäftigt. Der Betrieb erhält jährlich 11.000 x 310 € Bullenprämie = 3.410.000 € und für die 3000 ha x 350 €/ha = 1.050.000 € Flächenprämien. Das macht zusammen 4.460.000 € Direktzahlungen pro Jahr bzw. 33.788 € pro Arbeitskraft.

Betrieb II ist ein reiner Ackerbaubetrieb mit 1.800 ha LN in Brandenburg. Durch extreme Rationalisierungsmaßnahmen kommt der Betrieb mit 5 Arbeitskräften aus. Die Flächenprämie beträgt jährlich 630.000 €, was einer Förderung von 105.000 €/AK entspricht.

Betrieb III liegt in Niedersachsen. Es handelt sich auch hier um einen reinen Ackerbaubetrieb. Die 100 ha LN werden von 1,5 Familienarbeitskräften bewältigt. Der Betrieb erhält insgesamt 35.000 € Flächenprämien. Das entspricht 23.333 €/AK.

Betrieb IV ist ein Milchviehbetrieb in Schleswig-Holstein. Die LN beträgt 120 ha, davon sind 100 ha Dauergrünland und 20 ha Ackerland. Der Betrieb hat 90 Milchkühe. Die Bullenkälber werden an Mäster verkauft, die geeigneten weiblichen zur betriebsinternen Nachzucht verwendet. Jedes Jahr werden auf dem Betrieb ca. 50 Kühe geschlachtet. Auf dem Betrieb arbeitet eine Familienarbeitskraft und 1,5 Lohnarbeitskräfte. Der Betrieb erhält Schlachtpremien in Höhe von 50 x 100 €/Tier und Flächenprämien in Höhe von 20 x 350 €. Insgesamt sind das 12.000 € bzw. 4.800 €/AK.

Betrieb V ist ein Gemischtbetrieb in Baden-Württemberg. Von den 37 ha LN sind 19 ha Grünland und 18 ha Ackerland. Es werden 26 Milchkühe gehalten. Der männliche Nachwuchs wird auf dem Betrieb gemästet, so dass jedes Jahr 12 Bullen geschlachtet werden. Der Betrieb wirtschaftet mit 2 Familienarbeitskräften. An Zahlungen bekommt der Betrieb: 12 x 310 € Bullenprämien plus 5 x 100 € Schlachtpremien für Altkühe plus 18 x 350 ha Flächenprämien. Das macht insgesamt 10.520 € bzw. 5.260 €/AK.

Betrieb VI ist ein 30 ha-Grünlandbetrieb in Baden-Württemberg mit 40 Milchkühen. Die weiblichen Kälber werden teilweise zur betriebsinternen

Nachzucht verwendet. Der Rest und alle Bullenkälber werden als Kälber geschlachtet. Auf dem Betrieb sind 2 Familienarbeitskräfte beschäftigt. Für die Altkühe erhält der Betrieb 9 x 100 € und für die Kälber 30 x 70 € Schlachtpremien pro Jahr. Das sind insgesamt 3.000 € bzw. 1.500 € pro AK.

Ackerbaubetriebe als Gewinner

Die Unterschiede bei den ausgezahlten Subventionen pro Betrieb sind natürlich gewaltig. Der 22.000-Bullenmastbetrieb ist dabei mit 4.460.000 € klarer Gewinner. Um die Ungleichheiten der Prämienzahlungen zu verdeutlichen, ist es aber wichtiger, auf die ausgezahlten Subventionen je Arbeitskraft zu schauen. Wie Schaubild 1 zeigt, sind die pro Arbeitskraft an den Bullenmastbetrieb gezahlten Subventionen im Verhältnis zu den anderen recht moderat, da auf dem Betrieb viele Arbeitskräfte beschäftigt sind. Nun sticht der 1800-ha Ackerbaubetrieb als deutlicher Prämien Gewinner hervor.

Deckelung trifft oben

Wie würden sich die im Rahmen der Halbzeitbewertung vorgeschlagenen Maßnahmen auf die Prämienzahlungen der Betriebe auswirken? Die umstrittensten Punkte sind die betriebliche Obergrenze von 300.000 € und die Modulation der Prämien um 20% (nach einer schrittweisen Anhebung innerhalb von 5 Jahren). Diese Obergrenze kann jedoch unter Berücksichtigung der auf dem Betrieb beschäftigten Arbeitskräfte überschritten werden. Vorgesehen ist 5.000 € für 2 Familienarbeitskräfte und 3.000 € für weitere Voll-AK. Auf die Beispielbetriebe würde sich das wie folgt auswirken. Bei Betrieb I und II wirkt die Obergrenze. Betrieb I bekäme nach dem Willen der EU-Kommission 300.000 € + 5.000 + 131 x 3.000 € = 698.000 € und Betrieb II entsprechend 319.000 €. Auf die Arbeitskräfte umgerechnet wären das 5.288 € für Betrieb I und 51.667 € für Betrieb II.

Freibeträge wirken

Für die restlichen Betriebe spielt die

Obergrenze von 300.000 € keine Rolle. Hier würde also moduliert. Zunächst würde der Freibetrag von den insgesamt gezahlten Subventionen abgezogen. Von dem Restbetrag wird dann prozentual (bis 20 %) gekürzt. Bei Betrieb III sähe das folgendermaßen aus. 35.000 – (5.000 x 1,5) = 27.500 €. Auf dem Betrieb würden also (35.000 € – 27.500 €) * 20 % = 29.500 € verbleiben. Das macht 19.667 €/AK. Auf den Betrieben IV und V würde die gleiche Rechnung Einbußen von 500 € und

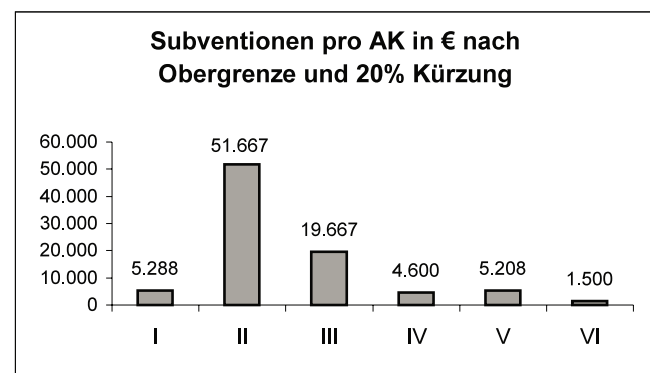


Schaubild 2: Obergrenze und Freibeträge glätten die Wogen ein wenig. Quelle: Agrarbericht 2002 und eigene Erhebung

104 € bedeuten. Die verbleibenden Prämien liegen bei 11.500 € bzw. 4.600 €/AK bei Betrieb IV und bei 10.416 € bzw. 5.208 €/AK bei Betrieb V. Bei Betrieb VI ergibt sich nach Abzug der beiden Familienarbeitskräfte von den Gesamtsubventionen (3.000 €) ein Minusbetrag von 7.000 €. Hier würde natürlich nicht gekürzt.

Gewisse Ungerechtigkeit

Abbildung 2 veranschaulicht die Wirkung der Obergrenze auf die Förderung pro Arbeitskraft. Die größten Betriebe (I und II) verzeichnen krasse Einbußen, was sich stark in der Förderung pro AK niederschlägt. Betrieb I erhält nur noch ein Sechstel der ursprünglichen Summe und rutscht damit auf ein Stützungs niveau mit den Betrieben IV und V. Betrieb II, der immer noch bei einem sehr hohen Stützungs niveau liegt, erhalte nach den Kommissionsvorschlägen immerhin 50 % weniger als zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Gegenüber den arbeitsintensiven Betrieben bzw. Betrieben mit hohem Grünlandanteil (IV, V und VI) steht er aber immer noch vergleichsweise gut da. Die kleinen Betriebe verzeichnen keine oder nur sehr wenige Einbußen: Betrieb V verlore nach dieser Regelung gerade mal 52 € pro AK und Jahr, Betrieb VI gar nichts.

Alexandra Burmann

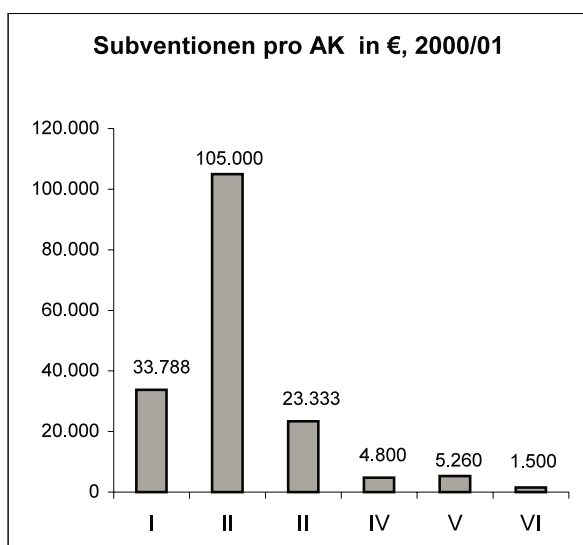


Schaubild 1: Deutliche Wettbewerbsverzerrungen.

Bullenprämie. Betriebliche Besonderheiten wie Ochsenmast wurden der Einfachheit halber nicht berücksichtigt.

6 Betriebe im Vergleich

Betrieb I liegt in Mecklenburg-Vorpommern. Der Betrieb mit 7.000 ha LN ist auf Bullenmast spezialisiert und hat etwa 22.000 Tiere eingestallt, d.h. es werden jährlich ca. 11.000 Tiere geschlachtet. Bei einem angenommenen Futterflächenbedarf von 1,65 Großvieheinheiten pro ha (GVE/ha) müssen 4.000 ha als Futterfläche angerechnet werden. Die verbleibende Ackerfläche von 3.000 ha ist also prämiensberechtigtes Ackerland. Im Betrieb sind 131 Per-

Schwächen der Fischler-Vorschläge zur Halbzeit

Auch wenn die Vorschläge von Agrarkommissar Fischler von vielen als Schritt in die richtige Richtung begrüßt werden, muss noch deutlich nachgebessert werden.

Drei Elemente seiner „Halbzeitbewertung“ werden im folgenden kritisch beleuchtet: Die Einführung einer Betriebsprämie statt Tier- und Flächenprämien (Entkopplung); die Einführung einer obligatorischen 10-jährigen Flächenstilllegung und drittens die Modulation und Kappungsgrenze der Beihilfen.

Entkopplung der Prämien

Die Kommission schlägt vor, in Zukunft nicht mehr einzelne spezifische, vom Umfang abhängige Flächen- und Tierprämien, sondern einen Pauschalbetrag je Betrieb zu zahlen, der sich aus Zahlungen einer zurückliegenden Referenzperiode errechnet. Doch eine solche vollständige Entkopplung der Prämienzahlungen vom Umfang der Bewirtschaftung ist weder ökologisch sinnvoll noch sozial durchzuhalten. Denn:

a) Wettbewerbsverzerrungen der Vergangenheit werden konserviert.

Die ungerechtfertigte Bevorzugung von Ackerstandorten (Silomaisanbau, Milcherzeugung über verbilligtes Getreidekraftfutter) gegenüber Grünlandbetrieben wird durch Betriebsprämien weitergeführt und nicht aufgehoben, da bei der Berechnung der Prämie auf Referenzzeiträume Bezug genommen wird. Die Benachteiligung von Grünlandbetrieben und Grünlandregionen bleibt bestehen.

b) Neue Schieflagen sind zu erwarten.

Das Referenzmodell gibt Bullenmästern einen Anreiz, ihre Tierhaltung abzubauen, da sie die Prämie aus der Vergangenheit heraus weiter bekommen, auch ohne weiter Bullen zu mästen. Umgelegt auf die Fläche erhalten sie aber mehr Prämie als ein Nachbarbetrieb ohne frühere Bullenmast, auch wenn sie das gleiche anbauen. Die Prämienhöhe verliert so an Bezug zum aktuellen Wirtschaften. Die sich daraus ergebenden Wettbewerbsverzerrungen sind gesellschaftlich nicht akzeptabel.

c) Änderungen beim Ackerbau.

Durch die Umwandlung der bisherigen Flächenprämien in eine Betriebsprämie wird der Anbau bisher stark geförderter Ackerfrüchte wie z.B. Silomais, Getreide oder Ölpflanzen im Vergleich zu bisher nicht geförderter Produktionsverfahren wie Ackerfutter oder Kartoffel wirtschaftlich uninteressanter. Das ist auch der Kommission bewusst. Bei Kulturen, die weitgehend verschwinden würden, weicht sie deshalb in einigen Punkten ihres Vorschlages von der Entkopplung ab und

schlägt zusätzliche spezifische Flächenprämien für den Anbau von Eiweißpflanzen und Raps (als sogenannte CO₂-Pflanze) vor. Zu den derzeitigen Erzeugerpreisen können diese Produkte bei uns ohne Beihilfen kaum rentabel angebaut werden. Leider sind diese zusätzlichen Prämien viel zu gering, um den Anbau an Eiweiß- und auch Ölpflanzen zu steigern, und reichen längst nicht aus, um die Eiweißlücke in der EU zu zu verkleinern.

Die **Intensität des Ackerbaus** (Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, Mineraldünger etc.) wird sich durch die Betriebsprämie nicht ändern, da das Verhältnis zwischen Faktorkosten (Saatgut, Dünger, etc.) und dem Produktpreis unberührt bleibt. Die Vergangenheit zeigt im Übrigen, dass selbst die deutliche Senkung der Erzeugerpreise seit 1992 nicht zu einer Verringerung des Düng- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes geführt hat, im Gegenteil!

d) Tierschutz und Tierhalter Verlierer

Der Wegfall der spezifischen Rinder- und Schafprämien wird viele Betriebe dazu veranlassen, ihre Tierhaltung abzubauen. Aktuelle Berechnungen gehen davon aus, dass sich die Rindfleischproduktion in Deutschland um 15 % (180.000 t) gegenüber dem Status quo reduzieren würde.

Ohne umfangreiche zusätzliche Zahlungen über Umweltprogramme wird vor allem die extensive (artgerechte) Mutterkuhhaltung auf Grünlandstandorten massiv eingestellt, da unrentabel; auch Bullenmäster in den Ackerstandorten werden die Rindermast reduzieren und dafür die Schweine- oder Geflügelmast ausdehnen. Durch die relativ stabile Anzahl an Milchkühen entsteht aber ein Überhang an Mastkälbern. Mit sinkender Nachfrage drohen die Preise für Kälber (vor allem Schwarzbunte) weiter einzubrechen und gegen Null zu tendieren. Zum Glück sind viele Bauern nicht reine Ökonomen, sondern kümmern sich trotz der Entwertung ihrer Tiere weiter um deren Gesundheit, obwohl es sich nicht rechnet!

Konsequenz: Statt der Betriebsprämie sollte, wie von der AbL vorgeschlagen, eine Umwandlung der Tier- und Flächenprämien in eine einheitliche Grundprämie erfolgen. Auf diese Grundprämie sollten zusätzlich gezielte Flächenbeihilfen für ökologisch wichtige Ackerkulturen sowie Tierprämien für erwünschte Nutzungs- und Haltungsformen (Mutterkuhhaltung, Weidehaltung, Ochsenmast, Kälber-

mast mit Vollmilch) aufgesattelt werden.

10 % Dauerbrache

Laut Kommissions-Vorschlag sollen sich Landwirte in Zukunft verpflichten, 10 % ihrer Flächen in eine 10-jährige Dauerstilllegung umzuwandeln, ohne jegliche Nutzung. Dieser Vorschlag wird von einigen Umweltgruppen begrüßt, da Dauerbrachen den Bodenschutz verbessern, niedrigere Nährstoffausträge haben und für einige Tierarten Vorteile bieten. Doch trifft gerade

mutstropfen ist der zu niedrig angesetzte Freibetrag je Betrieb (5.000 €) bzw. Arbeitskraft (3.000 €). Denn so müssen bereits klein- und mittlere bäuerliche Betriebe mit 20 ha Getreidebau bzw. 25 Mastbullen Einkommenseinbußen hinnehmen.

Deutlich höhere Wellen schlägt der Vorschlag einer Kappungsgrenze für die Prämien bei 300.000 € pro Betrieb plus Freibeträge. Die Kappung trifft in Europa fast ausschließlich ostdeutsche Großbetriebe. Die Kappungsgrenze wird erst bei Betrieben ab einer Grö-



Die EU-Kommission schlägt vor, den heutigen Prämienanspruch der Betriebe fortzuschreiben. Dann bliebe das Grünland gegenüber Silomais weiter benachteiligt. Hier muss die Kommission nachbessern. Foto: Jasper

ökologisch wirtschaftende Betriebe dieser Vorschlag doppelt hart:

a) Die mühsam erreichte Erlaubnis, Klee- und Leguminosen auf Stilllegungsflächen zu verfüttern, wäre nicht mehr möglich.

b) Der Einbau der rotierenden Stilllegungsfläche als ökologisch wertvolles Fruchtfolgeglied wird durch den Zwang zur Dauerstilllegung zunichte gemacht. Dies trifft über die Ökobetriebe hinaus alle Ackerbaubetriebe, die Leguminosen gezielt auf rotierenden Stilllegungsflächen als Gesundungsfrucht anbauen.

Es muss also den Betrieben zumindest die Freiheit gelassen werden, selbst zwischen Rotations- und Dauerbrache zu wählen und die Nutzung von Klee- und Leguminosen auf Stilllegungsflächen erlaubt werden.

Modulation und Kappungsgrenze:

Der Vorschlag zur Einführung einer obligatorischen Modulation von bis zu 20 % wird allgemein begrüßt, um Finanzierungsmittel für Maßnahmen im ländlichen Raum zu schaffen. Wer-

denordnung von über 1.000 ha Ackerland wirksam. Die Kappungsgrenze ist damit einerseits zu hoch, um Überkompensationen in großen durchrationalisierten Marktfruchtbetrieben abzubauen, auf der anderen Seite sind die Freibeträge je AK deutlich zu niedrig, um unerwünschte Anpassungsreaktionen wie den Abbau der Tierhaltung und die Entlassung der Lohnarbeitskräfte aufzufangen. Den realen Jahreslohnkosten von 20.000 – 25.000 € steht nur ein vorgesehener Freibetrag von 3.000 € gegenüber.

Ein niedrigerer betrieblicher Grundfreibetrag (z.B. 60.000 €, das entspricht immerhin zwei vollen Gehältern), sowie ein deutlich höherer arbeitskraftbezogener Freibetrag (Hälfte der nachgewiesenen Lohnkosten) wäre eine realistischere Option, um Arbeitskräfte in der Landwirtschaft zu halten und gleichzeitig agrarindustriellen Prämienjägern das Handwerk zu legen.

Martin Hofstetter,
AG Ländliche Entwicklung der
Uni/Gh Kassel-Witzenhausen und
Mitglied im AbL-Bundesvorstand

Informations-Netzwerk Biohöfe komplett

Im Rahmen des Bundesprogramms „Ökologischer Landbau“ wurden 200 Betriebe bundesweit ausgewählt, um einen praxisnahen Einblick in den Alltag des ökologischen Landbaus zu geben. Für die verschiedenen Zielgruppen wie Verarbeiter, Handel, Verkäufer, Verbraucher öffnen die Betriebe in 2002 und 2003 an je acht Terminen ihre Hofstore. Für Landwirte sind sie Anlaufstellen zum direkten Informationsaustausch mit Berufskollegen. we

Öffnungstermine im Internet unter
www.bundesprogramm-oekolandbau.de/termine.html

Hilfsbereitschaft und Undank

Kimeli Naiyomah, ein kenianischer Medizinstudent vom Stamme der Massai, berichtete seinem Stamm nach seiner Rückkehr aus den USA vom erlebten Terroranschlag auf das World Trade Center. Bewegt schenken die Massai daraufhin „dem Volk von Amerika, um ihm zu helfen“, 14 Kühe. Kühe sind für die Massai nicht nur Quelle von Milch und Fleisch, sondern etwas Heiliges. Der US-Gesandte in Nairobi zeigte sich undankbar: wegen des teuren Transports der Kühe in die USA will er die Kühe verkaufen. en

Friedenstaube im Maisfeld

Eine 170 Meter große Friedenstaube haben Landwirte in Kappel-Grafenhausen (Baden-Württemberg) in ein 5 Hektar großes Maisfeld geschnitten, außerdem den Schriftzug „Frieden für alle“ und die Umrisse der fünf Kontinente. en

Landfrauen für Ganztagschulen

Mehr Ganztagsbetreuung für Kinder und mehr Ganztagschulen fordert der Landfrauenverband Schleswig-Holstein. Damit, so Präsidentin Erika Lenz, müsse veränderten gesellschaftlichen Strukturen Rechnung getragen werden. en

Rainer Maria Milka

„Über allen Wipfeln ist Ruh, irgendwo blökt eine Kuh. Muh! Rainer Maria Milka!“ Diesen Spaß-Spruch auf einer lila Postkarte hat sich der Milka-Hersteller Kraft Foods nicht nur verboten, sondern hat ihn auch gleich vom OLG Hamm wegen „unlauterer Rufausnutzung“ verbieten lassen: Der Postkartenhersteller könne sich nicht auf die Pressefreiheit berufen, weil hier der Profitgedanke (durch Postkartenverkauf) und nicht die humorvolle Kritik an der Milka-Werbung im Vordergrund stehe. en

KURZES AM RANDE

Schönes Papier ohne Beachtung

Zum Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft Anfang Juni legte das Bundeslandwirtschaftsministerium den Bericht einer Arbeitsgruppe vor.

Die Ankündigung löste ungläubiges Erstaunen aus. Auf der AbL-Mitgliederversammlung letzten Winter verkündete Renate Künast, nachdem das Aktionsprogramm Ökolandbau gestartet war, den Plan, ein Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft folgen zu lassen. Manch Skeptiker, der die Agrarwende bis dahin als bloße Ökolandbau-Werbemaßnahme beurteilte, sah nun endlich Licht auch für die breite Masse der bäuerlichen Betriebe. Andere überschlugen die wenigen Monate bis zur Wahl und blieben skeptisch, was in der Zeit wohl noch geschehen würde. Viele wiesen die Skeptiker an die Vorgänger der Ministerin hin: wer kön-

gelte es die bisherige Benachteiligung gegenüber dem Ackerbau abzubauen, auch um die Verlagerung der Rinderhaltung von Grünland- zu Ackerbauregionen abzu-bremsen. Geraten wird dazu nicht nur die Garantiemengenregelung beizubehalten sondern gleich auch die Erzeugung an den europäischen Bedarf anzupassen! Gefördert werden soll die Kälberaufzucht auf Vollmilchbasis oder die Sommerweidehaltung von Milchkühen.

„In der regionalen Verbindung von Produzenten und Konsumenten kommt der bäuerlichen Landwirtschaft eine Schlüsselrolle zu,“ schreiben die Autoren. Als Maßnahmen die Regionalität zu stärken schla-

gen sie vor, in der Gemeinschaftsverpflegung wie in Schulen, Krankenhäusern und Gaststätten regionale Erzeugnisse verstärkt zu berücksichtigen. Zusätzlich solle überprüft werden, wie gesetzliche Anforderungen im Bereich der Hygiene oder der Handwerksordnung bei der handwerklichen und Hofverarbeitung von Lebensmitteln aussehen kann.

Mehrere Empfeh-



Etwas Magenfüllendes wie frische Kartoffeln kann das Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft noch nicht bieten.
Foto: Jasper

ne sich erinnern, aus einem Ministermund denn je so eine Ankündigung gehört zu haben?

Öffentlich ist wenig passiert. Keine Pressemitteilung aus dem Ministerium informierte über das geplante Programm, in der landwirtschaftlichen Presse stand kein Satz dazu. Haupthandlung des Ministeriums war es eine Arbeitsgruppe mit Sachverständigen einzuberufen, die Anfang Juni ihren Bericht vorlegte. Zusammengesetzt war die Gruppe aus Wissenschaftlern, Vertretern der Landwirtschaftskammer, von Neuland und einer Vertreterin des Landfrauenverbandes. Ihre Vorschläge für das Programm sind breit angelegt – entsprechend der Vielfalt der bäuerlichen Landwirtschaft – und in ihrer Deutlichkeit überraschend. So werden bei der Neuausrichtung der Ausgleichszahlungen neben der Arbeitskraftbindung auch eine degressive Ausgestaltung genannt. Oberhalb des gesetzlichen Standards sollen von der Gesellschaft erwünschte Leitungen der Landwirtschaft im Tier- und Artenschutz sowie in der Lebensmittelqualität honoriert werden.

Um die Grünlandstandorte zu stärken,

lungen geben sie zur Verringerung des bürokratischen Aufwandes ab. Ähnlich wie im Aktionsprogramm Ökolandbau wird im Papier eine Imageförderung der bäuerlichen Landwirtschaft vorgeschlagen. Erste Schritte werden in Plänen des Ministeriums auf der nächsten Grünen Woche dass Thema „bäuerliche Landwirtschaft“ aufzugreifen gesehen.

Auch bei der Existenzgründung bäuerlicher Betriebe sehen sie Handlungsbedarf. Öffentliche Flächen bevorzugt an Existenzgründer vergeben, Einrichtung von Hofbörsen und Ausbau der Weiterbildungsangebote verstärkt auf landwirtschaftsnahe Fertigkeiten ausrichten, lauten ihre Vorschläge.

Beachtenswerte Pläne, die nun in Schubladen und Ordnern schlummern. Auch im Ministerium selbst hat das Programm nur geringe Bedeutung. Beim ersten Treffen der Arbeitsgruppe wies der dafür zuständige Abteilungsleiter gleich daraufhin, dass für das Programm keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung ständen. Die Pessimisten können nun bestätigen, dass der Teller bisher noch ganz leer geblieben ist. ms



Slow Food: Geschmack hat eine Lobby

Slow Food, das ist

- die subversive Kraft der Butterstulle
- der langsame, aber gewaltige Aufstand gegen Aromapanscher und Tiermehlogrien
- der Streit für eine Agrarwende, die den Bauern, den Tieren und den Verbrauchern gefällt
- der Charme regionaler, nationaler und internationaler Events
- eine internationale Bewegung in 42 Ländern mit 80.000 Mitgliedern
- intelligenter Genuss ohne Reue

Ja, ich will Mitglied werden Ich möchte nur mal schnuppern

- Einzelmitglied: 75 Euro/Jahr
- Familienmitglied: 95 Euro/Jahr

(Abonnement unserer Zeitschrift für 15 Euro/Jahr)

Name, Vorname:

Strasse, Hausnummer:

PLZ, Ort:

Unterschrift

Absenden an: Slow Food Deutschland e.V., Geiststr. 81, 48151 Münster Fax (02 51) 79 33 66

Bäuerliche Landwirtschaft – unser Zukunftsmodell

Unter diesem Motto trafen sich im Südosten Bayerns mehr als 700 Bauern auf dem Abl-Bauerntag und diskutierten mit Politikern

Die Arbeit so gestalten, dass wir auch mal einen Tag Luft haben“ mit dem Ziel haben Krautenbachers im bayerischen Petting ihren Milchviehbetrieb organisiert. So konnten sie als Gastgeber für das Fachgespräch zu Milchpolitik und Gentechnik in der Landwirtschaft im Rahmen des Abl-Bauerntages mit Landwirtschaftsministerin Renate Künast einladen. Ohne einen Tag – oder wenigstens einen halben – Luft hätten viele der Bäuerinnen und Bauern den Abl-Bauerntages in Waging auch nicht besuchen können; weder morgens zur Eröffnung der Geschäftsstelle von Regionen aktiv in Ruhpolding noch zum Gang auf die Bründlingalm.

Alleine die abendliche Diskussionsveranstaltung in Waging am See besuchten über 750 Bauern und Bäuerinnen. Dort diskutierten Bundeslandwirtschaftsministerin Künast, der niedersächsische Landwirtschaftsminister Uwe Bartels, Wolfgang Apel, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, und Maria Heubuch, Bundesvorsitzende der Abl über die Fragen:

- Welche Zukunft hat die Milcherzeugung in Grünlandregionen
- und wie wird die Halbzeitbewertung der Agenda 2000 beurteilt?

Vor einer Halle voller Bäuerinnen und Bauern hatte Künast zuletzt vor einem Jahr in Münster auf dem Bauerntag des Bauernverbandes gesprochen und nahm dort den teils inszenierten Unmut zur Kenntnis. In Waging hingegen konnte mit seiner Eröffnungsrede Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Abl-Bundesvorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des EU-Agrarausschusses, schon einige skeptische Bauern zum Zuhörer bewegen: „Bäuerliche Landwirtschaft ist ein Zukunftsmodell! Heute ist die agrar-

dustrielle Logik durch Skandale wie BSE, MKS oder Nitrofen ins Gerede gekommen“. So könne man glauben, dass die 250.000 bis 300.000 jährlich in der EU verloren gegangenen Betriebe aufgeben, weil sie nicht tüchtig genug seien. „Doch es liegt an der agrarindustriellen Logik, dass bäuerliche Landwirtschaft immer unten angestellt wurde“, fährt er fort. Schließlich sei z.B. der Interventionspreis immer so angesetzt worden, dass der völlig durchindustrialisierte Betrieb dazu gerade noch produzieren könne, bäuerliche Höfe jedoch nicht.

In die gleiche Richtung argumentierte auch Renate Künast. Bei der lange Zeit vorherrschenden Mindestpreispolitik von der Großindustrie in der Landwirtschaft werde die Schuld bei Skandalen immer den Bauern zugeschoben. Wenn der Preis dann wieder steige, verdiene der Handel und die Industrie, aber nicht die Bauern.

Milchpolitik für wen?

Noch nicht endgültig festlegen wollte sich Renate Künast zu Einzelheiten der Milchpolitik, dafür seien noch weitergehende Gespräche notwendig. Heute könne sie sich nur mit einer Mengenregulierung vorstellen, dass Einkommen und Investitionen auf den Höfen gesichert sowie die Milcherzeugung auch in benachteiligten Gebieten gehalten werde. Zusätzlich gab sie zu bedenken, dass auch die Märkte in Entwicklungsländern nicht mit Milch von hier überschwemmt werden sollen. Niedersachsen Landwirtschaftsminister Uwe Bartels hingegen stellte die Frage: „Können wir uns damit abfinden, dass bei Weiterführung der Milchquote Betriebe, die aus welchen Gründen auch immer aufstocken wollen, stark eingeschränkt werden?“ So habe er starke



Prosit: Auf der Bründlingalm mischte sich Landwirtschaftsministerin Künast unter Bauern und Sennerinnen. Foto: Jasper

Sympathien für das Auslaufen der Quote ab 2008. Die Abl-Bundesvorsitzende und Milchbäuerin Maria Heubuch wies darauf hin, dass 60 bis 70 % der landwirtschaftlichen Arbeit im Milchbereich liege. Eine Streichung der Quote sei für ihre Region, das Allgäu, nicht zu verkraften. Geredet werden müsse hingegen über Quotenkürzungen, Schulmilchförderung und wie die Milch wieder in der Mast eingesetzt werden könne.

Ohne Zaudern

Als eines ihrer Ziele nannte Renate Künast die Entbürokratisierung für die Landwirte. Und konterte das ungläubige laute Lachen aus dem Publikum: „Ich weiß gar nicht, was Sie lachen. Die Formulare, die Sie heute ausfüllen müssen, haben zu 90 % die Zustimmung des Bauernverbandes. Und der Großteil des Papierkrams ist für die Länder, dafür sind Miller und Sinner verantwortlich.“ Schon tagsüber auf der Bründlingalm gab es deutliche Kritik an den zu starren Regeln aus Brüssel und Berlin. „Wenn Kühe von konventionellen und Bio-Betrieben auf einer Alm zusammenkommen, müssten sie laut Verordnung getrennte Brunnen haben,“ erklärt Franz Steindlmüller, Vorsitzender des almwirtschaftlichen Vereins, die Probleme. Selbst wenn es auf höher gelegenen Weiden schneit und die Tiere herunter getrieben werden, müsste die Sennerin das in einer Bio-Herde und in einer konventionellen machen. „Schicken Sie mir das noch mal schriftlich, wir erarbeiten gerade Vorschläge für eine Überarbeitung der EU-Öko-Verordnung,“ sprach Frau Künast, trank ihren Schnaps und zog mit der Menschtraube wieder ins Tal. Abends im Saal gewann sie zwar nicht die Herzen aller Anwesenden, aber so manche Bäuerin kam im Laufe des Abends ins Grübeln, dass die Ministe-

rin doch in einigen Punkten gar nicht so unrecht habe.

Agrarpolitik an Arbeit ausrichten

Dass Mehrarbeit honoriert werden soll, darüber waren sich die meisten auf dem Podium einig. Renate Künast erinnerte daran, dass über die Modulation eine Förderung von den höheren Aufwendungen für die artgerechte Tierhaltung möglich sei. Künast begrüßte die Richtung der Vorschläge des EU-Agrarkommissars Fischler. Es gelte jetzt zu überprüfen, was sie im Einzelnen für die Regionen bedeuten: „Ich will, dass junge Menschen in der Landwirtschaft, in der Lebensmittelproduktion oder im ländlichen Raum neue Jobs finden. Dafür muss das umgeschichtete Geld verwendet werden!“ Positiv wertete Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, dass Fischler in seiner Halbzeitbewertung der Agenda 2000 die alte Abl-Forderung aufgegriffen habe: „Da wo die Arbeit geleistet wird, muss das Geld hingehen.“

Dialog lohnt sich

Wie schwierig es vor 14 Jahren war den Neulandverein zu gründen und Tierschützer mit Landwirten an einen zu Tisch zu bringen, daran erinnerte Wolfgang Apel. Doch die Zusammenarbeit habe sich gelohnt. So habe das Programm als erstes Bestands-Obergrenzen eingeführt und allein in Berlin gebe es inzwischen 25 Neuland-Geschäfte. Mit ihrem Aufruf die eigene Interessen in die Hand zu nehmen und darüber nachzudenken, wie viel Bäuerinnen und Bauern der Gesellschaft bieten können, schloss die Landesvorsitzende aus Bayern und Biobäuerin Elisabeth Waizenegger die Veranstaltung. „Wir müssen uns das Nachdenken wert sein. Darum bleiben wir auf dem Land und wehren und täglich.“



Ute Gasteiger (r) und Sepp Daxenberger (2. v. l.), Vorsitzender des Vereins Regionen aktiv, und Sepp Hohlweger, Geschäftsführer, bei der Eröffnung der Geschäftsstelle Regionen aktiv Chiemgau-Inn-Salzach in Ruhpolding. Foto: Schimpf

Genossenschaftskritik „massiv unterdrückt“

Über die mangelnde Aufarbeitung des Nitrofen-Skandals durch die Raiffeisen-Genossenschaften berichtete kürzlich die N3-Sendung „Markt im Dritten“. Kritisiert wurde u.a. die mangelnde Mitglieder-Demokratie innerhalb im Genossenschaftssektor und die Verfilzung mit dem Bauernverband. Dies wurde am Beispiel des mutigen Landvolkvorsitzenden von Visbek, Georg Pundt, demonstriert. Der hatte nach den Nitrofenfunden im Futter der Genossenschaft GS agri in einem Leserbrief der Oldenburgischen Volkszeitung kritisiert: Die Führungsspitze (Zitat Vorstandsmitglied Frilling) wollte „den Ball flach halten“, also „verschweigen und vertuschen“. Die fehlende Information der Aufsichtsgremien führte Pundt auf „die undurchsichtige Beteiligungspo-

litik über die GS agri Beteiligungsgesellschaft“ an verschiedenen Firmen, auch in der Ökobranchen, zurück: „Kritik hieran auf den Mitgliederversammlungen der vergangenen Jahre wurde massiv unterdrückt, einzelnen Bauern sogar mit Verleumdungsklage gedroht.“ Pundt forderte: Rücktritt der Aufsichtsgremien, Entlassung der Verantwortlichen in der Führungsspitze und „Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung, auf der alle Verflechtungen und Beteiligungen und die damit verbundenen Haftungsrisiken offengelegt werden. Die GS agri gehört schließlich den Bauern.“ Dass Landvolkmitglied Pundt diese Kritik in der Fernsehensendung nicht wiederholen mochte, führten die Autoren auf mögliche Einschüchterung zurück. en

„Ich bekenne mich offen zu den Seilschaften und Netzwerken, die Frau Künast in der deutschen Landwirtschaft kritisiert“
(DBV-Präsident Sonnleitner bei der Generalversammlung der Raiffeisen-Central-Genossenschaft RCG in Münster)

„Auch mit QS hätte der Skandal nicht verhindert werden können“
(Dirk Wendland, Verbraucherzentrale NRW)

Putenfleisch-Fusion

In der Putenfrischfleisch-Branche deutet sich eine Großfusion an: Die Gesellschafter der „Lethetal Putenspezialitäten GmbH“ (Ahlhorn, Krs. Oldenburg) und die Nölke-Gruppe mit ihren Tochterfirmen „Mutzschen Trutzhahn GmbH“ (Sachsen) und „Schloß Stetten GmbH & Co.KG“ (Rot am

See) wollen eine gemeinsame Gesellschaft gründen, die etwa 45 Prozent der deutschen Produktion abdecken soll. Zur Nölke-Gruppe gehört außerdem die Geflügelwurst-Marke „Gutfried“. Die Lethetal GmbH gehört u.a. dem am Nitrofen-Skandal beteiligten Mischfutterhersteller GS agri. en

Leserbrief

Leserbrief zur 90-Bullen-Grenze vom 29.04.02

Mit Interesse habe ich den Leserbrief von Wolfgang Groth, Klaus Elble und Martin Ritter in der April-Ausgabe der Bauernstimme gelesen. Ich habe dies mehrmals getan und kann mir keinen Reim darauf machen, was die Unterzeichner für ein Ziel verfolgen. Die

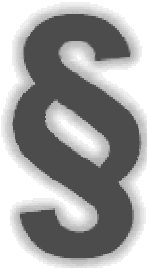
Die veröffentlichten Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor Leserbriefe zu kürzen.

Ziele der AbL in Bezug auf die 90-Bullen-Grenze sind doch völlig und unmissverständlich klar ausgedrückt worden. Gerade in Bezug auf betriebswirtschaftliche Berechnungen sind die Mitglieder zu der Erkenntnis gekommen, dass es der bäuerlichen Landwirtschaft wenig bringt mehrere hundert Bullen zu mästen, wenn der Preis nicht stimmt. Daher ist die 90-Bullen-Grenze ein Instrument dafür, dass die Bullenmast nicht in Großbetriebe industrieller Art abwandert. Sollte dies geschehen, so wird mit Sicherheit der Preis sinken und betriebswirtschaftliche bzw. marktwirtschaftliche Kalku-

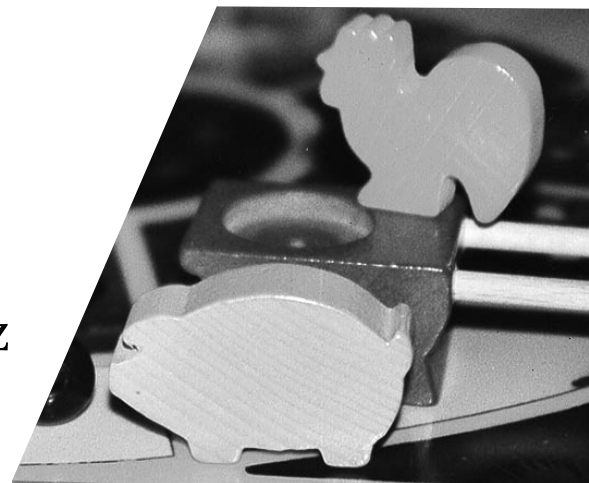
Pohlmann ohne Bewährung?

Die Oldenburger Staatsanwaltschaft prüft neue Vorwürfe gegen den Agrarindustriellen Anton Pohlmann. Der „Hühnerbaron“ war einst Eigentümer vieler Millionen Käfig-Legehennen, bevor er wegen Tierquälerei und Einsatz verbotener Insektizide in Deutschland Berufsverbot bekam und seine Anlagen an das Unternehmer-Konsortium „Deutsche Frühstück-Ei“ verkaufen musste. Die Haftstrafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. Nach Angaben des Deutschen Tierschutzbunds hat Pohlmann aber in seinen US-Agrarfabriken mehrfach erneut gegen die Bewährungsaufgaben verstoßen (Pohlmann war nach seiner Verurteilung mit 15 Mio. Legehennen zu einem der größten US-Eierprodu-

zenten avanciert). Die amerikanische Justiz ist seit Jahren wegen Tierquälerei, illegaler Kotbeseitigung und Gewässerverschmutzung eingeschaltet. Zuletzt ließ Pohlmann nach einem Wirbelsturm über eine Million Hennen in ihren Käfigen verhungern. Laut Spiegel konnten nur 1.500 Hühner von Tierschützern gerettet werden, bevor die Ställe samt Hühnern von Bulldozern platt gewalzt wurden. Ein Gericht ließ Pohlmann-Farmen in Ohio schließen, die jetzt (wie auch seine anderen Farmen) zum Verkauf angeboten werden. Pohlmanns Sohn Stefan baut derzeit – zusätzlich zu seinen Agrarfabriken in Bayern – neue Käfig-Anlagen in Tschechien auf. pm



Tierschutz im Grundgesetz



Millionen Menschen in dieser Republik sagen, so kann man mit Tieren nicht umgehen. In der ganzen Debatte von der Legehennen bis zum Pelztier wird das kritisiert. Auch Brüssel, auch Europa verändert sich nur, wenn man im eigenen Land anfängt. Veränderungen fangen immer im eige-

nen Land an. ... Der Großteil der Landwirte hat gar kein Problem damit und geht seit langer Zeit verantwortungsvoll mit Tieren um“

(Bundesministerin Renate Künast im Deutschlandfunk zur Aufnahme des Tierschutzes ins Grundgesetz)

Aus für bäuerliche Bullenmäster

lationen greifen. Das wäre das entgeltliche Aus für bäuerliche Mutterkuhhalter und Bullenmäster, denn mit 10 Euro Gewinn pro Bulle oder Absetzer kann nur der Großbetrieb leben. Ich empfehle daher den Schreibern die beiden Bücher „Die Welt ist keine Ware“ und „Agrarwende- Die Zukunft unserer Ernährung“ zu lesen. (...) Ergänzung vom 26.08.02: Da sich seit dem 20.04.02 die Lage der Rindviehhalter weiter verschlechtert hat und außer großen Worten von Kommissar Fischler und Ministerin Künast, die zweifelsohne in die richtige Richtung gehen, nichts weiter geschehen ist, emp-

fehle ich diesen drei Herren einmal nachzuforschen, wer denn die Geschäfte mit unseren Produkten macht sobald sie den Hof verlassen haben. Weiter gebe ich zu bedenken, dass kurz vor der Bundestagswahl jeder die Stimmen der Bauern haben möchte, aber keiner sagt, dass man jungen Leuten den Einsteig in die Landwirtschaft ermöglichen muss und somit zur Verminderung der Arbeitslosigkeit beitragen kann. Die Aufhebung der 90-Bullen-Grenze trägt zur Verminderung der Arbeitslosigkeit nicht bei sondern erhöht sie noch.

Oswald Heftrig 65627 Elbtal

Leserbriefe

In vernünftige Bahnen steuern

Zu den Fischler-Vorschlägen

Bisher hat mir noch niemand erklären können, weshalb ein landwirtschaftlicher Ackerbaubetrieb mit z.B. 2.000 Hektar und fünf Beschäftigten, der völlig profitorientiert in ausgeräumter Landschaft auf Schlägen von 100 ha und mehr, ohne Rücksicht auf Böden und sonstige Ressourcen wirtschaftet, etwa 750.000 Euro pro Jahr vom Staat erhalten muss. Mit diesem Geld bezahlt er seine Leute (max. 125.000 €) und hat schon einen satten Gewinn, bevor er überhaupt ein Kilo Getreide verkauft hat. Mit seinem Getreide drängt er dann mit Dumpingpreisen auf den Markt und bringt das gesamte Preisgefälle durcheinander.

Dieser Unsinn basiert noch auf dem Mansholt-Plan, der sagte: „Wachse oder weich, wir unterstützen dich dabei!“

Oder biblisch ausgedrückt: „Dem der hat, dem wird gegeben.“ Dem will Agrarkommissar Fischler nun endlich ein Ende bereiten und hauptsächlich den landwirtschaftlichen Betrieben Geld zukommen lassen, die über die Produktion hinaus für die Gesellschaft positive Leistungen erbringen, wie z.B. Arbeitsplätze, Pflege der Landschaft und Naturschutz, sowie im Bereich Ökologie und Tierschutz.

Das sollte man dann nicht mehr Subvention nennen, sondern Vergütung für eine Dienstleistung, erbracht von Bauern für

die Gesellschaft. Dass der „Deutsche Bauernverband“ jetzt aufheult, dieser sogenannte Berufsverband, der ja schon seit Freiherr von Heeremanns Zeiten die Masse seiner Mitglieder zugunsten der Großagrarien in die Pfanne haut, kann in diesem Zusammenhang nicht verwundern. Umso bedauerlicher ist es aber, dass Ministerin Künast jetzt beginnt, vor dem Druck mächtiger Agrarlobby zu kuschen. Sie, die ja doch bis jetzt ganz wacker geengehalten hat.

Trotzdem hoffe ich, dass die Gesellschaften in Europa jetzt reif dafür sind, den Agrarwahnsinn in vernünftige Bahnen umzusteuern. Die Fischlerpläne jedenfalls eröffnen die Chance dazu.

Abschließend sei erwähnt, dass ein 2.000 Hektar-Betrieb, der z.B. durch Viehhaltung und Verarbeitung seiner Produkte, eventuell auch auf ökologischer Basis viele Menschen beschäftigt, auch über die Grenze von 300.000 € unterstützt werden kann. Insofern richten sich die Fischler-Pläne nicht gegen die Ost-Landwirtschaft, die ja oft von West-Unternehmern betrieben wird, sondern nehmen ausschließlich eine bestimmte, nicht gemeinnützige Form der landwirtschaftlichen Produktion, egal an welchem Ort, von der unbegrenzten staatlichen Förderung aus.

Wolfgang Eisenberg, 29459 Clenze

Liebe RedakteurInnen der Bauernstimme, lieber Vorstand der AbL,

Die Bauernstimme schätze ich sehr, aber Eure letzte Ausgabe hat mir doch etwas Bauchweh bereitet. Als Österreicherin war ich zunächst mehr als erstaunt, als mir unser Landwirtschaftsminister als Verfasser des Kommentars entgegengrinste. Schöne Worte – keine Taten, kann ich dazu nur sagen. Außerdem zu Eurer Information: Die Satzteile „...Auswüchse der industrialisierten und liberalistisch orientierten Landwirtschaften...Reformschub für mehr Bäuerlichkeit...“ ist in den österreichischen Kammerzeitungen, etc. nicht zu lesen, der Rest schon! Hier sind die Bauernvertreter nämlich der Ansicht, dass es keiner Agrarreform bedarf und die Bauern Planungssicherheit brauchen. Es gäbe sicher geeignetere AutorInnen in einer agraroppositionellen Zeitung zu so einem wichtigen Thema. Erstaunt hat mich auch Eure Überschrift: „Kommissions-Vorschläge tragen Handschrift der AbL“. Darf ich Euch daran erinnern, dass die AbL auch Mitglied der CPE und damit von

Via Campesina ist? Ich bedaure es sehr, dass Ihr Euch so wenig mit der Weltmarkt-orientierung dieser GAP auseinandersetzt und mit der notwendigen Solidarität unter Bäuerinnen und Bauern weltweit. Ich wünsche mir, dass Ihr auch unter diesem Gesichtspunkt Eure Position zur Agenda 2000 überdenkt. Wir wollen uns doch nicht nur auf die Verwaltung von Subventionen konzentrieren und über den Teller rand schauen. Außerdem betrifft die „Modulation“ die Kürzungen und die vorgeschlagene Obergrenze ist viel zu hoch für mehr Bäuerlichkeit. Fischler´s Vorschläge sind vielleicht ein erster Ansatz, aber auch als solcher zu betrachten, denn die Weltmarkt-orientierung bleibt erhalten und damit auch das Dumping gegenüber den Bäuerinnen und Bauern im Süden und anderswo.

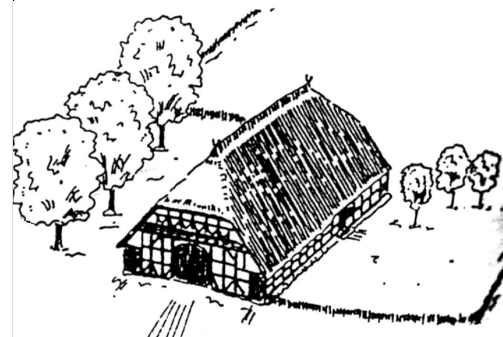
Elisabeth Baumhöfer, Geschäftsführerin der Österreichischen BergbäuerInnen Vereinigung

Der Sommer 2002

Was bleibt kleben vom Sommer 2002? Erstens: Klar, das Wetter, die Wetterkapriolen. Aber darüber werde ich mich nicht beschweren. Zwar hatten wir viel Regen und lange Zeit waren die Felder nicht befahrbar, aber wir mussten keine Angst um Leib und Leben haben. Seit den Überschwemmungen anderswo in Deutschland war allen hier im Norden klar, dass wir glimpflich davongekommen sind. Plötzlich sprach keiner mehr übers Wetter; das verbot sich von selbst. Wir konnten das Getreide ernten, wir konnten Stroh fahren, und so langsam sind sogar die Moorwiesen wieder befahrbar, so dass für mich jetzt ein später zweiter Schnitt ansteht. Und die Panik, die mich neulich befiel, als ich fast einen Trecker im Moor versenkt hätte, bloß weil ich einmal kurz anhalten musste, ist heute nur noch für eine Anekdote gut.

Zweitens: Schnecken. Noch nie habe ich so viele Leute mit hassverzerrten Mienen hektisch durch ihren Garten laufen sehen, um auf mehr oder minder sadistische Art und Weise Nacktschnecken zu meucheln. Jeder hat da so seine eigene Lieblingsmethode,

aber da geh ich jetzt nicht ins Detail, sonst kriege ich wieder so viel Post von Tierschützern. Nicht, dass diese uninteressant wäre, das Problem ist nur, dass ich aus genetischen Gründen nicht dazu in der Lage bin, etwas wegzuschmeißen. Diese Kartons voller Infomaterial müllen mir aber das



... aus Schleswig-Holstein

Büro zu, und ich komme nicht mehr an den Schreibtisch. Schon jetzt bin ich Meister im Dreisprung von der Tür bis zum Bürosstuhl, und dazwischen bewegt sich das Papier inzwischen in lustigen Umsetzungsprozessen. Dein Büro, der Bioreaktor ... Nur soviel noch zu den Schnecken: Noch ein milder Winter, und die Viecher mutieren. Im nächsten Jahr sind sie bestimmt schweinsgroß und hapsen einem die Beine ab, wenn man über den Rasen geht ... Vergesst die Schurkenstaaten, vergesst die Achse des Bösen – die wahre Bedrohung sitzt im Gras und unter Steinen!

Drittens: Nitrofen. „HaGe – Ihr Partner vor Ort“ heißt der griffige Slogan, mit dem die Raiffeisen hier Werbung macht. Den Vertreter, der mir im Frühjahr mit Nitrofen belastetes, anerkannt ökologisches Sommergerstensaagut angedreht hat, habe ich hier vor Ort schon lange nicht gesehen. Ganz übel, dieses Verhalten. Obwohl er mit Sicherheit von der Belastung weiß, meldete er sich nicht einmal bei mir. Ich weiß, was ich davon zu halten habe.

Viertens: Wisconsin. Die Liebste und ich waren eine Woche dort, weil ein Freund von uns dort heiratete. America's Dairy Country – ein Land voller Kühe, aber nicht eine davon sah ich auf der Weide stehen. Große Ställe sah ich, und Mais, Sojabohnen und Luzerne. Aber ein Land ohne Viehweiden wirkt seelenlos, wenn man hindurchfährt – hoffentlich blüht uns das nicht.

Fünftens: Meines Vaters Rückenleiden. Er verbrachte fünf Wochen im Krankenhaus, und es wird lange dauern, bis er wieder arbeiten können. Ottmar hatte es gleich gesagt: „Wart's nur ab, irgendwann ist es vorbei mit Gedichteschreiben und Sonnenuntergänge angucken.“ Wie es aussieht, soll er wohl recht behalten.

Sechstens: Ein Anruf. Ein Abi-Kollege erreichte mich am Mobiltelefon, als ich gerade Trecker fuhr. Er fragte: „Na, fährst du gerade deinen agroindustriellen Komplex ab?“ Ich lache noch heute ...

Ein Bauer (34 Jahre) erzählt...

Da intensive Niederschläge mir gerade mal wieder eine Erntepause verordnet hatten, konnte ich gut einen Besuch der Documenta 11 in Kassel einschieben, um sozusagen die kulturelle Ernte einzubringen. Ich betrat also bei strömenden Regen gänzlich unvorbereitet das Museum Fridericianum und will im Folgenden die Leser der „Bauernstimme“ an meinen Erlebnissen teilnehmen lassen, völlig subjektiv, sowohl, was die Auswahl der Objekte, als auch ihre Betrachtungsweise angeht. Das einzige Konzept, was ich vor dem Besuch hatte war, dass ich mit der Kamera versuchen wollte, etwas von den Interaktionen, die zwischen Publikum und Kunstwerken stattfanden, festzuhalten. Deswegen hatte mein Aufenthalt bei den einzelnen Stationen etwas von einem jagdlichen Ansitz an sich, das Warten darauf, dass das störrische Publikum in „schussgerechte“ Position kam. Der US-Amerikaner Leon Golub beschreibt mit seinen Leinwandgemälden, teilweise in Form von Stofffetzen, die organisierte Gewalt (staatlich oder kriminell) gegen Menschen. Unter dem Motto „we can disappear you“ (wir können dich verschwinden lassen) bzw. „we can kill you“ stellt er bedrückende Szenen zu diesem Thema dar. Die Kolumbianerin Doris Salcedo hat bleigraue (Achtung Blei, giftig, nicht berühren) metallene Stühle mit langen schiefen Beinen in horizontaler Lage in einem völlig weißen Raum mit beleuchtetem zentralen Wand-Durchbruch installiert. Eine faszinierende graphische Situation, die den Titel „Dunkelheit (tenebrae)“ trug und die mich animierte zu fotografieren. Ich hatte die Vorstellung, dass ein einzelner Mensch sich zentral dem Objekt annähern sollte. Das geschah aber zunächst nicht, denn alle pirschten befangen von der Seite heran und vermieden es, allein zentral in dem Raum zu stehen. Schließlich ge-

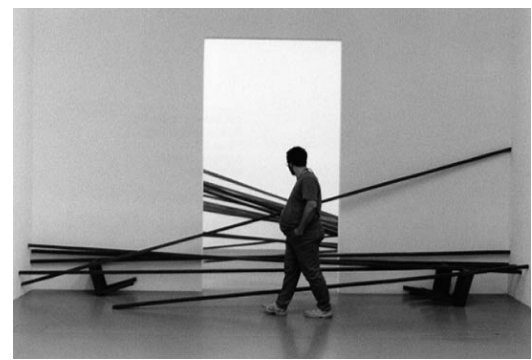


Ein Bauer auf der Documenta 11

lang dann doch ein Bild mit einem Herrn mit sehr konvexer Frontpartie. Die Deutsche Hanne Darboven hat über drei Stockwerke des Fridericianums hinweg 2782 DIN A 4 Bögen gleichmäßig installiert. Sie sind beschriftet mit fortlaufenden Zahlen in Buchstaben unter dem Titel „Kontrabass-Solo op. Nr. 45“. Im dritten Stock lesen eine Frau und ein Mann, gewichtig in einem Glaskasten hinter Mikrofonen positioniert, den ganzen Tag die Zahlen vor. An dieser Stelle beschlich mich das erste Mal das Gefühl im Märchen „Des Kaisers neue Kleider“ zu sein, bei mir immer ein untrügliches Zeichen, wenn ich mich bei moderner Kunst anfangs, veräppelt zu fühlen. Ich beobachtete mit der Kamera eine Rollstuhlfahrerin, die eifrig bemüht war, die prächtigen Kleider des Kaisers zu erspähen. Ein Stück weiter war die „Maria Eichhorn Aktiengesellschaft“ von der Künstlerin gleichen Namens gegründet worden, deren einzige Aufgabe darin besteht, das eingebrachte Kapital auf keinen Fall zu vermehren. Die nota-

riellen Papiere des Gründungsprozesses sind Gegenstand der Installation. – Erschreckend waren die Bilder der „Atlas Group“ aus dem Libanon. Es werden auf Kollagen Autos gezeigt, die zu Autobomben verwendet worden waren, penibel aufgeführt nach Typen, Farben und „Erfolg“ (getötete Menschen, Größe der Zerstörung). Der Peugeot 504 war am häufigsten dabei! Im Kulturbahnhof hat Bodys Isek Kingelez aus der Demokratischen Republik Kongo aus Verpackungsmaterial eine Stadtlandschaft gebaut, vor allem mit „Twin Towers“, die mit rosa züngelnden Linien bemalt sind. Für mich eindeutig eine Reaktion auf den 11. September – aber weit gefehlt. Der Afrikaner möchte Modelle einer besseren, humaneren und multikulturellen Welt zeigen! Noch ein Wort zu den zahlreichen Video-Installationen. Ich mied sie bis auf

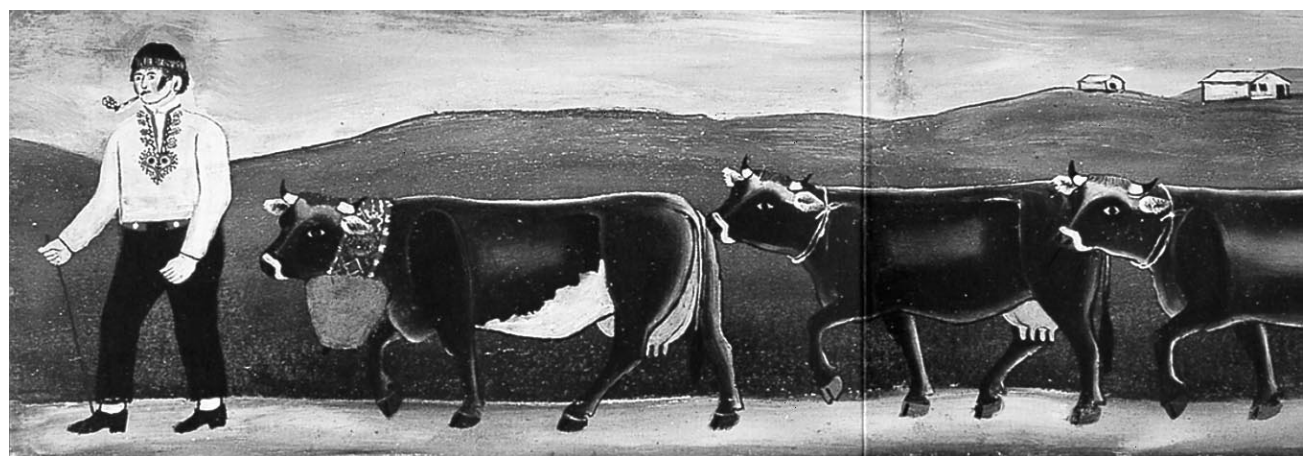
wenige Ausnahmen. War es in den Räumen doch voll, heiß, stickig und oft lärmend. Eine der Ausnahmen war der Film „Schule für Europa“ des Moldawiers Pavel Braila. Er hat das Umspuren eines Eisenbahnzuges von der osteurasischen Breitspur auf die mitteleuropäische Normalspur gefilmt. Ein technischer Vorgang mit sehr viel Symbolik für die zur Zeit in Europa stattfindenden politisch-kulturellen Prozesse. In der Karlsaue konnte ich im Spiegel-Labyrinth des Kanadiers Ken Lum mein Outfit von allen Seiten überprüfen sowie auch meine Sehkraft, die mir dazu verhalf, ohne Kollision mit Spiegeln den Ausgang zu finden. Eine amüsante aber auch beklemmende Erfahrung, die offenbar nicht jedermanns Sache ist. Eine mir nachfolgende Frau verließ als sie noch im Eingang stehend sah, was sie erwartete, fluchtartig das Objekt. Am Abend meines Documenta-Tages fühlte ich mich wie nach einem Tag in



der Kartoffelernte. Ich konnte keine Knollen – Entschuldigung – Kunst mehr sehen. Ich war voll bis zum Rand. Aber ich war mir sicher, eine Menge geistiger Nahrung gebunkert zu haben, für einsame Stunden auf dem Gemüseacker oder die langen Winterabende. In diesem Sinne – ab nach Kassel zur Documenta 11. Es lohnt sich!
Wolfgang Eisenberg

Andy goes

Nur noch bis zum 8. September kann man im Kunstmuseum St. Gallen (Schweiz) die Ausstellung „Alpen-Pop, Warhol und die Bauernmalerei“ bewundern. Warhols Pop-Art, wie z.B. seine plakative und holzschnittartige Reihung von Kuhköpfen oder „Flowers“, steht neben der Toggenbrucher und Appenzeller Bauernmalerei der Ostschweiz mit ihrer detailgetreuen Konzentration auf signifikante Bildmotive der alltäglichen Senner-Arbeit: Alpfahrt, Einzelhof- und Dorfansichten, Porträts und sehr prägnante Sennenstreifen



lange Bildreihen von Sennen mit ihren Kühen. Einen schönen Katalog dazu gibt es

für 32 Franken beim Kunstverein St. Gallen, Museumstr. 32, CH-9000 St. Gallen, Tel. 071 242 06 74.

Aber wer kann, sollte noch bis zum 8. September in die Schweiz eilen! en

Eine Schwalbe macht den Sommer

Der neue Kinofilm von Regisseur und Bauernsohn Christoph Carion erzählt vom Landleben, ohne Kitsch und Klischees. Eine Internet-Spezialistin flieht aufs Land und findet sich selbst.

Sandrine (Mathilde Seigner), 30 Jahre, Internet-Spezialistin aus Paris, hat genug von Großstadt, Freund und Job, und will es mit der Landwirtschaft versuchen. Als sie ihrer Mutter beim Abendbrot von ihrem Vorhaben erzählt, ist diese geschockt: Warum will ihre einzige Tochter die Aussicht auf Karriere, Ehe und nette Kinder aufgeben? Doch die Vorwürfe der Mutter, die Warnungen ihres Landwirtschaftslehrers und die Vorurteile des alten Adrien (Michel Serrault), dessen Berghof Sandrine übernehmen will, können sie nicht von ihrem Weg abbringen.

Sandrine startet eine Webekampagne im Internet, um ihren Ziegenkäse in Deutschland zu verkaufen und um Landhüngrige auf den Hof in die französischen Voralpen zu locken. Ihre Ideen bringen Adriens Ordnung der Dinge durcheinander. Er hält ihre ersten Erfolge für ein Strohfeuer und ist felsenfest überzeugt, dass eine Frau eben für andere Dinge geschaffen sei als die Knochenarbeit auf ei-

nem Berghof. Als Sandrine wieder einmal einen ganzen Schulbus voller Kinder auf dem Hof herumführt, grummelt Adrien zu seinem Bauernkumpel: „Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer“.

Regisseur Christoph Carion, selbst Bauernsohn, inszeniert ein Pingpong-Spiel von Zuneigung und Abneigung zwischen der Großstädterin und dem Alten. Adrien dreht heimlich eine Sicherung aus dem Stromkasten, so dass Sandrine die Nacht vor Kälte bibbernd zubringen muss. Dann wiederum erzählt er der Neuen vertraulich von seiner verstorbenen Frau Emilie.

Michel Serrault und Mathilde Seigner spielen sympathische Dickköpfe, die sich in lebenswürdigen Reibereien verstehen lernen. Sie verkörpern glaubwürdig die beiden Welten, die in der Internet-Dozentin und dem Altbauern mit dem wettergeerbten Gesicht aufeinanderprallen. Zweieinhalb Millionen Franzosen zeigten sich im Kino begeistert. Unbedingt noch reingehen!

Ralf Herbig



Bestellcoupon für den Neuanfang

Ich bestelle:

Der kritische Agrarbericht 2002: als CD oder auf der Homepage www.bauernstimme.de für 19,80 €:

.... Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht 1999 bis 2001

zum Sonderpreis im Paket: _____ €

(2 Ausgaben 30 €; 4 Ausgaben 55 €)

Der kritische Agrarbericht 2001: 20,- €

Die Ausgaben 1996-1998 je Ausgabe nur noch 5,- €: _____ €

Die Ausgaben 1993-1995 je Ausgabe nur noch 2,50 €: _____ €

.... Expl. **Bürger netze statt Subventionen**, 17,95 €: _____ €

außerdem:

Porto 2,75 €

Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck

Summe _____ €

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ gegbf. email _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: Abl Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

Die Farm

Arkansas, Anfang der 50er Jahre: Der siebenjährige Luke wächst auf einer kleinen Baumwollfarm heran, mit hart arbeitenden Eltern und Großeltern am Rande der Existenzsicherung, im Sommer mit vielen Saisonarbeitern aus Mexiko und aus dem Hochland. Zwischen dem brutal-mühseligen Pflücken der spitzen Baumwollkapseln in sengender Sonne und seinen Träumen von einer Baseball-Karriere wächst er hinein in die harte und eindrucksvolle Welt auf dem Lande. In diesem Sommer aber brechen starke und konflikthafte Erlebnisse in Lukes Leben: verbotene Liebesaffären auf der Farm, Streitigkeiten zwischen Arm und Reich und sogar ein Mord. John Grisham, der Bestsellerautor von „Die Firma“ und anderen Romanen, hat hier auf spannende Weise seine Jugendzeit aufgearbeitet. Er weiß, wovon er schreibt. Knapp und karg sind seine Sätze und Dialoge, wie das Pächter-Leben auf der Farm, das den Leser rasch gefangen nimmt:

„Die Leute aus den Bergen und die Mexikaner kamen am selben Tag. Es war ein Mittwoch, Anfang September 1952. Die Cardinals waren gegenüber den Dodgers fünf Spiele im Rückstand, und die Saison dauerte nur noch drei Wochen. Die Baumwolle reichte meinem Vater bis zur Hüfte, mir über den Kopf, und vor dem Abendessen flüsterter er und mein Großvater Worte, die man nur selten hörte. Es könnte eine „gute Ernte“ werden.

Sie waren Farmer, hart arbeitende Männer, die nur zum Pessimismus neigten, wenn sie über das Wetter und die Ernte sprachen. Entweder schien die Sonne zuviel, oder es regnete zu viel, im Tiefland drohten Überschwemmungen, Saatgut oder Dünger waren teurer geworden, der Abnahmepreis für Baumwolle schwankte. An einem absolut perfekten Tag sagte meine Mutter einmal zu mir: „Keine Sorge. Die Männer werden etwas finden, weswegen sie sich Sorgen machen können.“

Als wir aufbrachen, um Leute aus dem Hochland zu suchen, machte sich Pappy, mein Großvater, Sorgen wegen des Lohns der Arbeiter...“ en John Grisham, *Die Farm*, 462 S., Deutsche Erstausgabe im Bertelsmann Club Premiere, 17,90 € (mittlerweile auch bei Heyne)

ZMP-Fakten

Aktuelle und informative Broschüren hat die Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP) im Juni/Juli herausgebracht:

Das „Ökomarkt Jahrbuch 2002“ liefert Daten über Preise, Produktions-, Struktur- und Marktentwicklungen bei pflanzlichen und jetzt auch tierischen Ökoprodukten, für jeweils verschiedene Absatzwege, parallel dazu zur Entwicklung auf den konventionellen Märkten. 240 S. mit zahlreichen Tabellen und einer CD-ROM (mit den Jahresinhalten 2001 des Pressedienstes ÖkomarktForum), 30 Euro zzgl. MWSt.

Die Broschüre „Direktvermarktung: Fakten zum Verbraucherverhalten“ bilanziert den Stellenwert der Direktvermarktung bei allen Warengruppen, mit saisonalen und regionalen Unterschieden, Einkaufshäufigkeiten und Zielgruppenanalysen, jeweils für Hof- und Wochenmarktumsatz. 56 Seiten mit 52 Abb. und CD-ROM, 20 Euro zzgl. MWSt.

Die Materialsammlung „Landwirtschaft in der GUS“ umfasst Daten und Statistiken aus 12 Ostländern, die allerdings nur einen groben ersten Überblick geben können.

192 Seiten und CD-ROM, 35,- € zzgl. MWSt.

Bezug: ZMP, Vertrieb, Postfach 2569, 53015 Bonn. en

Heimische Vögel

Kein Bestimmungsbuch, sondern eine Hineinführung in unsere heimische Vogelwelt, hat EINHARD BEZZEL, einer der bekanntesten Ornithologen, mit seinem neuen Buch „Vögel beobachten“ vorgelegt. Die einzelnen Kapitel behandeln bestimmte Aspekte der Lebenswelt heimischer Vogelarten: das Zusammenleben, das Gefieder im Wechsel der Jahreszeiten, den Vogelflug, Rufe und Gesänge, Lebensräume, Ernährungsweisen, Balz und Brutgeschäft, Wanderzüge und Nisthilfen. Diese Zusammenstellung und der unmittelbare Vergleich der jeweiligen Eigenarten der Vogelarten schafft einen ersten, gut nachvollziehbaren Gesamtüberblick über unsere heimische Vogelwelt und schärft den Blick für die gezielte Beobachtung. en

EINHARD BEZZEL, *Vögel beobachten*, 160 S., 120 Farbbilder, blv-Verlag, München, 2002; 9,95 €

Spurensuche

Ein Wall oder Furchen mitten im Wald, seltsam geformte Hainbuchen, ab-geschrägte Uferhänge- wer dieses Buch gelesen hat, wird bei einem Spaziergang viele Spuren der Vergangenheit deuten können: als Überrest eines angestauten Mühlenteichs, eines mittelalterlichen Ackerbaus, einer früheren Astschneidung oder eines alten Floßplatzes. Eine lesens- und beachtenswerte Anleitung zum Entdecken unserer historischen Kulturlandschaftsteile! en Christian Wiegand, *Spurensuche in Niedersachsen*, Hannover 2002, Schönliterscher Verlag, 250 Seiten mit zahlreichen Photos und Abbildungen, 15,90 €

(Klein) ANZEIGEN**Hof und Arbeit**

● Vielseitiger Bioland Betrieb (Milchvieh, Mutterkuh-, Schweinehaltung, Ackerbau und Hofladen) im Großraum Stuttgart sucht nette Leute (gerne Paar mit Kindern), die langfristig mit auf unserem Hof wohnen und arbeiten möchten. Selbständiges Arbeiten erforderlich, Übernahme eines Arbeitsbereiches möglich. **CHIFFRE BS 9/02-2**

● Ost-Holstein, 7.000 qm Gutshof b. Neustadt a.d. Ostsee mit fünf Gebäuden, nur € 400.000,-; 18-60 ha-Zukauf mgl.; RDM-Makler Flachsbarth & Kullick, ☎ 040-2513325, Fax 040-2507094

● Biolog.-Dyn. Landwirt im Ruhestand bietet ZWEITEINKOMMEN für Powerfrauen oder rüstige Rentner mit der

Pflanze MORINDA CITRIFOLIA und network marketing
Infos: www.1396578.manuiagroup.net, Passwort: info

Tiermarkt

● Verkäufe laufend beste **Arbeitspferde** in jeder Preisklasse.
Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551/63609

Querfeldein

● Unkonventionelle Frau, 37, vielseitig interessiert, sehr naturverbunden, engagiert, selbstständig mit Handwerksbetrieb in Süddeutschland, sucht aufgeweckten, realistischen Mann mit Herz, Gefühl und Verstand für ehrliche, lebendige Beziehung.
CHIFFRE BS 9/02-1



▶▶▶ Taten statt Warten!

Für Arbeit zum Thema „Landwirtschaft“ sucht Greenpeace eine/n verantwortliche/n

Campaigner/in**Aufgaben**

- Der gewaltfreie Kampf gegen die industrielle Landwirtschaft mit allen ihren ökologischen und sozialen Missständen, um den Planeten Erde als Lebensraum zu erhalten
- Das Entwickeln von Kampagnenstrategien für nationale und internationale Projekte in der Landwirtschaft
- Das Initiieren von Aktionen aller Art, um öffentliches Bewusstsein zu schaffen und um Menschen zu mobilisieren
- Die Greenpeace-Positionen und -Botschaften öffentlich vertreten

Wir erwarten

- Jemanden mit guten Kenntnissen über ökologische und konventionelle Landwirtschaft, Tierhaltung, Verbraucherschutz und Agrarpolitik
- Eine starke Persönlichkeit mit Lust zu politischen Analysen, die gerne öffentliche Debatten provoziert und mit Leidenschaft an Greenpeace-Aktionen sowie an internen Diskussionen teilnimmt
- Eine kämpferische Seele, weil die Agrarlobby trotz Skandalen immer noch auf Masse statt Klasse, auf Gentechnik, Chemie, Monokulturen und Massentierhaltung setzt
- Einen Menschen mit politischem Verständnis, mit Eigeninitiative, Organisationstalent, Durchsetzungsvermögen, Flexibilität und starken Nerven
- Einen Menschen mit interessantem Lebenslauf und den Anforderungen entsprechender Qualifikation (Arbeit in der Landwirtschaft oder in der Lebensmittelproduktion, Hochschulabschluss o. Ä.) sowie sehr guten Englischkenntnissen
- Sehr gut wären Erfahrungen in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Wir bieten

- Den Reiz, einer internationalen Organisation anzugehören und die Chance, eine verfehlte Agrarpolitik zu verändern
 - Einen sehr abwechslungsreichen bis hektischen Job in einem professionellen Team mit viel Platz für eigene Ideen
 - Ein angemessenes Gehalt und gute Möglichkeiten der Weiterbildung
- Wir freuen uns besonders über die Bewerbung von Frauen. Männer haben auch eine Chance.

Haben Sie Interesse? Bewerben Sie sich unter dem Stichwort „Landwirtschaft“.

GREENPEACE

Greenpeace e. V. · Personalabteilung · Ingrid Meyer
Große Elbstraße 39 · 22767 Hamburg
personal@greenpeace.de

Veranstaltungskalender**NRW Hanftag 2002**

11. September 2002, Haus Düsse
Zentrum für nachwachsende Rohstoffe
NRW, Hans-Bernd Hartmann,
☎ 02945-989-0, Fax: -133,
www.duesse.de

Politikwechsel statt Wahlkampfshow

14. September 2002, Köln
Bundesweiter Aktionstag und Großdemonstration unter dem Motto: Eine andere Welt ist möglich.
Attac Deutschland, Artilleriestr. 6, 27283 Verden, ☎ 04231-957596,
www.attac-netzwerk.de/149

Regionen aktiv gestalten

13. bis 15. September 2002, Loccum
Tagung zur Regionalentwicklung in Niedersachsen mit Infos über Tag der Regionen, Wettbewerb Regionen aktiv, lokale Agenda 21, Studienprojekt zu Frauen im ländlichen Raum.
Ev. Akademie Loccum, ☎ 05766-81-0, Fax: -900, Karin.Buhr@evlka.de

Dezentrale Pflanzenölnutzung

28. September 2002, Wetzlar
Energie Tage Hessen, Info und Anmeldung; erneuerbare energien, ☎ 07121-3016-0, Fax: -100, www.energie-server.de

Tag der Regionen

06. Oktober 2002
Koordinationsbüro Nord:
☎ 05643-948537, Fax: -948803, tagderregionen@freenet.de;
Büro Süd: ☎ 09852-1381, Fax: -4895,
tag-der-regionen@web.de

Vertrauensarbeit mit Reitpferden

18. bis 20. Oktober 2002, Osterburken

Gutes Brot aus vollem Korn

25. bis 26. Oktober 2002, Dünsbach

Mit Pferden ein- u. zweispännig pflügen

31. Oktober bis 3. November 2002, Ansbach
Ländliche Heimvolkshochschule Lauda, Tauberstr. 9, 97922 Lauda,
☎ 09343-589190, Fax: -613781

AK Morgenland:**Wie finden wir einen Hof?**

15. bis 17. November 2002, Altenkirchen
Die agrarpolitische Informationsveranstaltung zu Rahmenbedingungen für einen Neueinstieg in die Landwirtschaft informiert über Möglichkeiten wie Hofbörsen, Recht und Finanzierung, persönliche Erfahrungen, politische Rahmenbedingungen mit Blick nach Frankreich.
HVHS und eij, 110,00 Euro

Vorbeugende Tiergesundheit und Homöopathie in der Rinderhaltung
18. bis 20. Oktober 2002, Altenkirchen
Einführungs- und Vertiefungskurs
Einführung: 140,00 Euro, Vertiefung: 140,00 Euro, Einführung- u. Vertiefung: 250,00 Euro

Tue Gutes und rede (professionell) darüber

28. bis 30. Oktober 2002, Altenkirchen
Öffentlichkeitsarbeit nach Innen und Außen in den Grünen Werkstätten Bereichen von Werkstätten für behinderte Menschen
150,00 Euro

Info und Anmeldung: Evangelische Landjugendakademie, Ute Rönnebeck, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen, ☎ 02681-9516-0, Fax: -70206, roennebeck@lja.de

20 Jahre Naturland

14. September 2002, München
Tagung zum Jubiläum zu Nachhaltigkeit und Ökologischem Landbau mit zahlreichen illustren Gästen, u.a. Ministerin Künast und Dr. Vandana Shiva aus Indien, Trägerin des Alternativen Nobelpreis 1993.
Naturland – Verband für naturgemäßen Landbau, ☎ 089-898082-0, Fax: -90, www.naturland.de

**SONDERVERKAUF
Stahlhalle**

Freitragende Stahlhalle, 60,00 m x 30,00 m, Traufe 4,50 m
1.800 qm Grundfläche, komplett montiert, mit Dach- und Wandverkleidung aus Trapezblech.

netto € 99.900,00

Fa. STAHA Tel.: 04773-888 9604
Fax: 04773-89 22 73

Alle Größen bis 120,00 m freitragend, lieferbar.

ÖKO-KORN-NORD**Ihr Öko-Saatgut spezialist**

Beste Qualität, Lieferung frei Haus,
Zusatzuntersuchung auf Sporen und Triebkraft.

Saatgetreide: Breites Sortenspektrum
Saaten für Grünland, Zwischenfrüchte & Futterbau

Rufen Sie uns einfach an!

Öko-Korn-Nord w. V.
Wulfsoeder Weg 5, 21386 Betzendorf
Tel. 0 41 38/51 06-14 Fax 0 41 38/51 06 20
e-mail: info@oeko-korn-nord.de

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Kleinanzeige 10,- €; Chiffregebühr 2,50,- €. Alle Preise inkl. MWSt.
Anzeigenannahme bis zum 17. des Vormonats. Anzeigen bis einschließlich 12,50,- € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.
Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: bauernstim@aol.com.

**BUND
FREUNDE DER ERDE**

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ist mit 360.000 Mitgliedern und Förderern der größte föderale Umweltverband Deutschlands. Für die Bundesgeschäftsstelle in Berlin suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine(n):

Trainee

im Referat für Landnutzung

Das Referat umfasst die Bereiche Landwirtschaft und Gentechnik.

Aufgaben: Unterstützung und Zuarbeit bei der Lobby- und Kampagnenarbeit zur Agrarwende mit dem Schwerpunkt auf Landwirtschaft. Inhaltliche Recherche insbesondere zu Nutztierhaltung und Ökolandbau. Eigenständige Bearbeitung und Umsetzung von Teilbereichen der Kampagne.

Anforderungsprofil: wissenschaftliche Ausbildung, vorzugsweise ein Studium der Agrarwissenschaft, Grundkenntnisse der deutschen und europäischen Agrarpolitik, nachweisbares Engagement im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes, schnelle Auffassungsgabe, strukturiertes Denken, Verlässlichkeit, Belastbarkeit, sicheres und freundliches Auftreten nach innen und außen, gutes Deutsch und Englisch sowie sichere MS Office Kenntnisse.

Es handelt sich um eine volle Stelle, die auf 18 Monate befristet ist. Das Trainee-Programm beinhaltet externe Fortbildungen und Praktika.

Die Stelle sollte ab sofort besetzt werden. Bitte senden Sie ihre Bewerbung bis zum 08.09.2002 an:

Olaf Bandt, Bereichsleiter Fachpolitik, BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin (www.bund.net)



In der Redaktion der unabhängigen Bauernstimme ist die Stelle

einer Praktikantin / eines Praktikanten

zu besetzen.

Wir bieten einen praktischen und tatkräftigen Einblick in den Fachjournalismus mit dem besonderen agrarpolitischen Anspruch der unabhängigen Bauernstimme.

Wir wünschen uns einen Menschen mit Gespür für die Themen und Anliegen von Bäuerinnen und Bauern und mit Spaß am selbstständigen Schreiben und Gestalten.

Wir sind eine kleine Redaktion mit viel Freiraum für Eigeninitiative und offen für eigene Schwerpunkte und Interessen.

Bewerbungen und Nachfragen bitte an:
ABL-Bauernblatt Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
 Tel.: 02381-492288, verlag@bauernstimme.de

AbL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Landesverband: Ellen Holste, Reit 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624/800312
Bernd Voss, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330
Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114
Plön: Matthias Stührwoldt, ☎ 04326/679 Fax 289147
Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: 27243 Beckeln, Im Unterdorf 27, ☎ 04244/966725, Fax 04244/967422
Heide-Weser: Karlheinz Rengsdorf, ☎ + Fax: 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048
Elbe-Weser: Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Osteide: Horst Seide, ☎ 05865/1247
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694
Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ 05508-999989, Fax: 05508-999245

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, ☎ 02381/9053173, Fax: 492221
Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575
Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
Hellweg: Ulrike Ostendorff, ☎ 02307/62281, Wilhelm Ecke, ☎ 02378/2991
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264
Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069
Düren: Monika Lövenich, ☎ 02425/901458
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, ☎ 02248/4761

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995
Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Auf'm Kreuzchen 2, 56290 Wohnroth ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191
Regionalverband Eifel: Hermann Böttel, Holzturner Str. 6, 54636 Wolsfeld, ☎ 06568/7067, Fax: 06568/7011
Regionalverband Hunsrück-Nahe: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkostenz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558
Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, ☎ 07352/8928, Fax: 07352/941422
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729
Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike Hasemeier-Reimer, ☎ 07971/8584
Göppingen: Gerhard Übele, ☎ 07166/422
Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928
Schwarzwald-Baar: Klaus Elble, ☎ 07808/1311, Fax: 07808/910453
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465
Bodensee: Anneliese Schmeh, ☎ 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

www.abl-bayern.de
Landesverband: Andreas Remmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, ☎ 08679/6474, Fax: -9130145, e-Mail: Abl-Bayern@web.de
Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer ☎ 08847/804, Christa Schlögel ☎ 08856/5723
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach, Hans Urbauer ☎ 08628-634, Ute Gasteiger ☎ 08039-1635
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg: Jörg Gerke, Ausbau 5, 18258 Rukieten, ☎ 038453/20400, Fax: 038453/52131
Vorpommern: Albert Wittneben, Oberstried 4, 17089 Grischow, ☎ 039604/26856

Geschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758

Arbeitskreis Frauen: Ulrike Hasemeier-Reimer, Flurstr. 6, 74405 Gaildorf-Reippersberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718

„Morgenland“ – Arbeitskreis für Leute, die auch morgen noch in der Landwirtschaft oder einem angelagerten Bereich arbeiten wollen. Arnd Berner, Zum Anger 5, 37547 Kreiensen-Opperhausen ☎ u. Fax. 05563-910705, hof_berner@hotmail.com

AgrarBündnis e.V.: Ulrike Ottenotbrock-Völker, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/44327, Fax: 931446

Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960

Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue de la Sablonnière 18, B-1000 Brüssel, ☎ 00322/2173112, Fax 2184509, E-mail: cpe@cpefarmers.org

Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Haus der Landwirtschaft, Bielefelder Str. 47, 33378 Rheda-Wiedenbrück, 05242/925814, Fax: 925833, email: Andrea.Kiel@lk-wl.nrw.de

Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Daik Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren. Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmeh 07553/7529, Johann Schamann 09861/3945

IG-Boden, Ansprechpartner: (Mecklenburg) Franz Joachim Bienstein, ☎ u. Fax: 03841-791273; (Vorpommern) Franz Hinnemann, ☎ u. Fax: 038331-80024; (Brandenburg) Bernd Hüsgen, ☎ 033704-66161, Fax: -66162

Ich werde Mitglied in der

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Ich möchte Mitglied in der ABL werden | <input type="checkbox"/> Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von <input type="checkbox"/> 102,- € <input type="checkbox"/> 127,50,- € oder _____ zu zahlen. |
| <input type="checkbox"/> Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 76,50 € | <input type="checkbox"/> Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von 25,50 € (Nachweis fügen bei) |
| <input type="checkbox"/> Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 102,- € | <input type="checkbox"/> Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 50,- € |

Mitgliedsadresse:

Name Vorname

Straße PLZ, Ort

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Nach Erhalt der Rechnung | <input type="checkbox"/> Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme: |
| <input type="checkbox"/> Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| | <input type="checkbox"/> Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen) |

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die ABL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der ABL widerrufen werden.

Unterschrift Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

AbL e.V. Bauernstimme Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/9053170, Fax: 02381/492221, E-mail: bauernstim@aol.com, Homepage: <http://www.bauernstimme.de> • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Ulrich Jasper, Wiebe Erdmanski-Sasse, Mute Schimpf: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492220, Fax: 02381/492221 (Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** 36,- € jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • **Bestellungen, Adressänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge** bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492288, Fax: 02381/492221 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

Kleinbauer's Bio-Scheiße

„Können wir noch mal mit einer Abschlussklasse vorbeikommen, um Ihren Bio-Bauernhof zu besichtigen?“ Spontan hatte ich zugesagt, als unlängst mein ehemaliger Pflanzenbaulehrer anrief, um einen Termin zu vereinbaren. Da stand sie nun also im Hof herum, die zukünftige regionale Elite der deutschen Agrarwirtschaft, mit verdrießlichen Gesichtern und die Hände in den Hosentaschen vergraben.

Nur selten wurden meine Ausführungen unterbrochen: „Wie viel Hektar? Hahaha, so groß ist unser kleinstes Feld!“ „Wie viel Quote? Hohoho, die melken wa'in zwei Wochen voll!“ Äußerst dezent waren auch die Hintergrundgespräche: „Is' dem sein Frisör gestorb'?“ „Wat willstest denn mit der Bio-Scheiße hier?“ Etwas schneller als sonst kamen wir zum Ende, noch irgendwelche Fragen? „Könn' wa' jetz' heimfahr'n?“ Das Gastgeschenk (zwei Flaschen Kribbelwasser Marke „Puffbrause“) musste der Lehrer selbst überreichen, mit gesenktem Haupte schritt er von dannen.

Persönlich kannte ich keinen von den Jungchen; es hat daher ein wenig gedauert, bis ich verstanden hatte, worum es eigentlich ging: Die konventionellen Kollegen sahen offenbar ihre Felle davonschwimmen, ökologischer Landbau nebst grüner Ministerin verstanden sie lediglich als Zumutung. Praktisch über Nacht waren aus den zotteligen Müslifressern (über die man sonst in der Kneipe oder an Karneval Witze machte) ernsthafte Konkurrenten geworden, Konkurrenten um politischen Einfluss, um gesellschaftliche Anerkennung und nicht zuletzt um die Fleischtöpfe, aus denen die diversen Förderprogrammchen gespeist werden. Im Landwirtschaftsministerium hatte man dicke Backen gemacht; mit vielleicht ein wenig zu wenig diplomatischem Geschick wurde dort beschlossen, die konventionelle Landwirtschaft gegen die Wand fahren zu lassen. Fast ein Jahr lang war dann die landwirtschaftliche Sau durchs mediale

Dorf getrieben worden, wie Schmuttelkinder hatte man die Bauern nach der BSE-Krise in die Ecke gestellt. Inzwischen ist es ein wenig ruhiger geworden, nicht etwa, weil man sich mit allem abgefunden hat; nein, die Kalkammon-Fraktion wittert schon wieder Morgenluft: in der einschlägigen Agrarpresse wird bereits völlig unverblümt und schadenfroh über die Zeit nach der Wahl räsoniert, der Bauernpräsident bekennt öffentlich seine Vorliebe für schwarze Far-

wende in den gelben Sack und wird gefleddert von denen, die nachrücken? Es tut inzwischen gut, wenn man den politischen Circus maximus (egal welcher Couleur) mit Nachsicht und Güte betrachten kann; es tut inzwischen mehr als gut, wenn man weiß, dass die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse stabil genug sind, um auch ohne Prämien und Zuschüsse wirtschaften zu können.

Für die nächste Betriebsbeschau werde ich einen Be-



Foto: Eisenberg

ben und wird gar – Gottseibeius – als zukünftiger Landwirtschaftsminister gehandelt. Sicher, derzeit freut sich die Öko-Szene noch fast halbtot darüber, dass ihre Forderungen nach Umschichtung von Fördergeldern, nach Extensivierung und Nachhaltigkeit in den politischen Schaltzentralen Berücksichtigung gefunden haben, ja dass sogar der Bundeskanzler den Begriff „bäuerliche Landwirtschaft“ buchstabieren kann.

Jedoch, die Frage sei erlaubt, was tut sich, falls im Herbst das grüne Protektorat für den ökologischen Landbau endet? „Und es wird sein Heulen und Zähneknirschen“? Kommt dann die rot-grüne Agrar-

kannten bitten, seinen Ferrari für einen Tag bei uns abzustellen. Den Bauern werde ich erzählen, dass die Künast uns den geschenkt habe, damit wir unsere Tageseinnahmen schneller zur Bank bringen können, weil das mit der Schubkarre bisher doch arg beschwerlich war. Vorher werde ich jedoch ein wenig trainieren, insbesondere das schnelle Weglaufen vor Steine werfenden Jungbauern ...

Noch niemals weggelaufen ist der Bestellcoupon da unten: Bauernstimme 1 x monatlich, wirkt prima gegen chronische Borniertheit und akuten Wahrnehmungsverlust. Bestellen, lesen, genesen.

Ethelbert von Zhuiswegk

Deutsche Post AG Postvertriebsstück K 12858
Abl. Bauernblatt Verlags GmbH
Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

UNABHÄNGIGE Bauernstimme: auch ohne Ferrari

9/2002

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36 €, im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- bzw. 36,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonneten

Datum

Beruf

(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 59065 Hamm, Bahnhofstr. 31
oder FAX 02381- 492221